



KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für

Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 135

Wilhelmshaven

Juli 1996

REGATTA AUF DER RADIOWELLE

DREI INITIATIVEN IM ENDSPURT UM DIE LOKALFUNKLIZENZ:
AM 13. AUGUST FÄLLT DIE ENTSCHEIDUNG - SEITE 3



Inhalt

Im Alleingang hofft Radio Jade die Lizenz fürs Lokalradio zu bekommen. Warum es mit den anderen Initiativen nicht mehr klappt, darüber sprachen wir mit dem Radio-Jade-Redakteur Michael Diers - Seite 3-

Im Wilhelmshavener Tierheim flogen in den letzten Monaten die Fetzen. Es ging um Geld und Personen. Darum heißt unser Artikel auf Seite 5 "Von Mäusen und Menschen"

Das Wattenmeer stirbt! Schadstoffe und ungewöhnliche Wetterlagen sorgten dafür, daß in diesem Jahr 20% des ostfriesischen Wattenmeeres tot ist. Ein Bericht dazu auf Seite 7

Die Frauenliste tritt nicht zur nächsten Kommunalwahl an. Der Versuch, trotzdem linke und fortschrittliche Politik im Rathaus zu etablieren, scheiterte. Um das "Warum" geht es auf Seite 10

Ein von der SPD inszeniertes Komplott orteten die Ratsmitglieder der Grünen, Fröhling und Kläne. Watergate in Wilhelmshaven? - Seite 13-

Die Ruine lebt! Eine Chronologie des Stillstandes am Bahnhofszentrum finden Sie auf Seite 15

 10 Jahre Nationalpark niedersächsisches Wattenmeer. Auf Seite 14 ein Bericht über die Aktivitäten anlässlich dieses Jubiläums. Da dem Wattenmeer nicht so richtig zum Feiern zu Mute ist, haben wir den Artikel "Watt wurmt den Wattwurm wirklich?" überschrieben

Der WZ-Verleger Manfred Adrian verlor auch die dritte Runde gegen Handlögten und Venske. Wir wälzten für Sie die Prozeßakten - Seite 15-

Nachrichten

GUTE CHANCEN

müßte eigentlich die Klage des niedersächsischen Landesverbandes des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) gegen die von der Bezirksregierung Weser-Ems beschlossene Deicherhöhung zwischen Cäcilienroden und Dangast haben. Schließlich hat die Bezirksregierung entgegen aller Beschlüsse der Landesregierung und anderer Institutionen den umweltschädlichsten Weg für dieses Projekt eingeschlagen. Dem BUND geht es in seiner Klage nicht um eine Verhinderung der Deicherhöhung (obwohl Politiker und Presse den Bürgern dieses einzureden versuchen), sondern darum, daß der Schaden für die Natur, sprich Salzwiesen und Wattenmeer, möglichst gering gehalten wird. Daß das möglich ist, weiß auch die Bezirksregierung, die hoffentlich in Kürze vom Verwaltungsgericht eine entsprechende Belehrung bekommen wird. (hk)

EINLACHERFOLG

war die Meldung des städtischen Pressereferats, daß Wilhelmshavens Bevölkerung nicht überaltert ist (WZ 24.5.96). Der Anteil der über 65jährigen in Wilhelmshaven liegt 3,4% über dem Bundesdurchschnitt, der der 60-65jährigen dagegen nur 0,4% darüber. Von 1000 Bewohnern sind in der Bundesrepublik 204 über 60 Jahre, in Wilhelmshaven dagegen 242. Eine solche Meldung im Stile des Orwell'schen "Wahrheitsministeriums" unter der Überschrift "Nicht überaltert" herauszubringen, schafft nur unser Pressereferat. (hk)

KAISERBALJE

Mit den gleichen Argumenten, mit denen der GEGENWIND gegen die Schiffbarmachung der Kaiserbalje opponierte, wurde dieses Vorhaben nun endgültig abgelehnt. Bekanntlich forderte Wilhelmshavens Hafenwirtschaft, allen voran die Leute von der Beta-Raffinerie, mitten durchs Hohe-Weg-Watt eine Wasserstraße für Tanker und ähnliche Schiffe. Die beinahe vollständig vom Export abhängige Beta-Raffinerie wollte damit einen kostengünstigen Produktweg in Richtung der Industriegebiete der ehemaligen DDR öffnen. Die aufgrund umfangreicher Gutachten erfolgte Ablehnung dieses Projekts geschah allerdings erst in zweiter Linie aus Umweltschutzgründen. Ausschlaggebend waren die hohen Kosten durch die ständig erforderlichen Unterhaltsbaggerungen in der Kaiserbalje, die im Verhältnis zum erreichbaren Nutzen "in keinem akzeptablen Verhältnis" stehen. Wilfried Adam, Vorsitzender des Landtagsausschusses für Häfen und Schifffahrt, favorisiert nun wieder den Jade-Weser-Kanal quer durch Butjadingen. Wie dieser unglaublich teure Kanal einer Kosten-Nutzen-Analyse standhalten soll, weiß wohl nur der Ausschußvorsitzende. (hk)

EINZIGARTIG

ist bekanntlich unser Gegenwind als Deutschlands einzige Alternativzeitung, die weit über 10 Jahre besteht (und immer noch keine Anstalten macht, einzugehen!), kostenlos erhältlich ist und sich dennoch aus Anzeigen und Spenden trägt und durchweg in ehrenamtlicher Arbeit erstellt wird. Einzigartig ist aber nicht, wie wir jetzt herausgefunden haben, der Name. Im Juli 96 erscheint der *Gegenwind 94 - Politik und Kultur in Schleswig-Holstein*, herausgegeben von der Gesellschaft für politische Bildung e.V., allerdings zum Preis von 5,- DM.

Wir finden *Gegenwind* so toll, daß wir den Kielern dieses Plagiat nicht übelnehmen! (noa)

RADIO MACHEN

kann man lernen. Am 14./15. und am 28./29. September bieten Michael Diers und Rüdiger Schaarschmidt wieder ihre „Radio-Werkstatt“ an. InteressentInnen sollten das VHS-Programm für das 2. Halbjahr gleich nach dem Erscheinen sorgfältig lesen und sich schnell anmelden, denn wer zuerst kommt, mahlt zuerst. (noa)

ÄGÄIS

Restaurant und Café



Türkische und Griechische Spezialitäten

Rheinstr. 13 26382 WHV Tel.: 44447

SO SCHLECHT

ist die SPD nach Meinung der WZ gar nicht. WZ-Chefreporter Hans-Jürgen Schmid attestierte der SPD in einer Meldung (6.6.96) nämlich nur "leichten Mitgliedschund". Wen er konkret damit meinte, verriet -id- seinen LeserInnen allerdings nicht. (hk)

WIDERSPROCHEN

haben die grünen Ratsmitglieder Marianne Fröhling und Gerd Kläne der immer wieder auftauchenden Behauptung, daß die Grünen nach der nächsten Kommunalwahl ein Schwarz-Grünes Bündnis anstreben. Es werde vor der Wahl überhaupt kein Statement für die ein oder andere Konstellation geben, erklärte Gerd Kläne gegenüber dem Gegenwind. Darüber wird man nach der Wahl sprechen, wobei Schwarz-Grün kein Tabu sein wird. Aber, so Kläne, dem roten Filz im Rathaus können wir am besten mit einer starken grünen Fraktion den Garaus machen. Ein Dezerent reicht schon aus, um dort ein wenig aufzuräumen. (hk)

PVC-VERBOT

In Düsseldorf brannte der Flughafen und wurde für viele Menschen zu einer Todesfalle - giftige Dämpfe waberten durch die Hallen - 10 Tote waren zu beklagen. Todesursache: PVC. Bei Magdeburg explodierte ein Kesselwagen mit krebserregenden Vinylchlorid, dem Ausgangsstoff für PVC. In den Gärten der Umgebung des Explosionsortes wurden 9.000 Nanogramm Dioxin festgestellt. Sandkisten müssen bereits bei 100 ng ausgetauscht werden. Völlig überforderte Feuerwehrleute vergrößerten noch die Katastrophe. In Wilhelmshavens Bahnhofzentrum wird, so stand es in der WZ, kein PVC verbaut. Eine glatte Lüge - denn die Kabel, die dort über Rosten und durch Schächte geführt werden, sind natürlich aus PVC - dem Stoff, der für die Katastrophe von Düsseldorf verantwortlich ist. Und im Voslapper Groden stellt Europas größter PVC-Produzent seelenruhig weiter seine Produkte her. (hk)

WEITERE 15 KILOGRAMM

Quecksilber möchte die EVC (Ex-ICI) jährlich in die Jade einleiten. Der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen (LBU) fordert die Bezirksregierung Weser-Ems auf, den Antrag der EVC abzulehnen. In dem Brief des LBU an die Bezirksregierung heißt es unter anderem: "Die Küstengewässer sind mit Schadstoffen so überlastet, daß alles Leben darin abzusterben droht und der Termin rückt immer näher, daß sie als Nahrungsquelle für Fische, Vögel und Menschen verloren gehen. Die Firma EVC will aber - statt weniger - noch mehr Schadstoffe einleiten. Daß dies die falsche Medizin für einen todkranken Patienten ist, werden Sie nicht bestreiten. (...) Der dramatisch schlechte Zustand der Küstengewässer ist nur durch eine Schadstoffentlastung zu verbessern. Die Erteilung einer Einleiterlaubnis für zusätzliche Schadstofffrachten wäre einer Gesundung nicht nur abträglich, sondern als Sterbehilfe für dieses krankgemachte Ökosystem zu werten. (hk)

IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr. 33
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421/ 44000

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Hannes Klöpper (verantw. Redakteur), Jochen Martin, Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwöck; Titelzeichnung: Raymon Müller
Druck: Beta-Druck
Auflage: 5.000 Ex.

Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355 BLZ 282 90063

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 26.6.1996
Voraussichtl. Red.-Schluß der nächsten Ausgabe:
Ende Juli 1996

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

RADIO JADE IM ALLEINGANG

MICHAEL DIERS: DIESES RADIO IST EINE CHANCE FÜR WILHELMSHAVEN

(hk) Nach der Mitgliederversammlung von Radio Jade am 18. Juni ist klar: Es wird kein Zusammengehen mit den Zeitungsverlegerinitiativen aus Wilhelmshaven und Varel geben. Beinahe einstimmig beschloß die MV, daß Radio Jade den Spurt zur Lizenzierung im Alleingang antreten wird. Warum die Initiativen nicht zusammenkommen konnten, und wie Radio Jade einen Beitrag zur Medienvielfalt in der Region leisten will, darüber sprachen wir mit Michael Diers, einem der drei Radio-Jade-Redakteure.

Gegenwind: Die Mitgliederversammlung von Radio Jade hat sich eindeutig von den beiden anderen Initiativen gelöst. Es wird in unserer Region also entweder Radio Jade oder ein von Zeitungsverlegern gemachtes Radio geben. Wie kam es zu dieser Entscheidung?

Diers: Es war ja immer die Rede davon, daß wir die Fronten hier verhärten würden, daß wir niemanden an uns ranlassen und nicht kompromißbereit sind. Das ist aber nicht richtig. Wir sind und bleiben auch nach der Lizenzierung offen. Es ist die andere Seite, die sich keinen Millimeter bewegt hat. Ich behaupte, daß die gar nicht wissen, was es heißt, nicht-kommerzielles Lokalradio zu machen. Die sprachen uns gegenüber immer davon, daß man Radio nicht neu erfinden muß. Diese Form eines Radios gibt es in ganz Deutschland noch nicht, da muß schon einiges neu erfunden werden.

Gegenwind: Radio Jade hat die Vorschläge der anderen Initiativen von vornherein abgelehnt.

Diers: Alle diese Vorschläge liefen darauf hinaus, daß die ein Zusammengehen wollten, in der jede der Initiativen zu einem Drittel beteiligt ist. Aber auf welcher Grundlage sollte das gehen? Nur weil die einen Antrag gestellt haben! Wenn ich die letzten zwei Jahre zurückerdenke und von der anderen Wilhelmshavener Initiative, die Vareler kamen ja erst viel später, immer nur zwei Rechtsanwälte sehe - da kommt man doch ins Grübeln und fragt sich, wessen Interessen vertreten die eigentlich und wie wollen die denn Radio machen. Wir dagegen arbeiten seit 2 ½ Jahren daran, ein nichtkommerzielles Radio aufzubauen, wir haben eine Programmstruktur entwickelt, wir haben das Know-how erarbeitet, wir haben die technischen und strukturellen Voraussetzungen geschaffen - wir sind so weit, daß wir morgen auf Sendung gehen können. Und dann kommen die anderen Initiativen, die nichts weiter als ihren Antrag und einen Gesellschaftervertrag vorlegen können und wollen zwei Drittel. Da geht nicht. Die Unterschiede zwischen uns und den anderen beiden Initiativen sind so groß, daß es undenkbar ist, deren Drittel-Modell zuzustimmen.

Gegenwind: Inhaltlich gibt es von den anderen Initiativen keine Aussagen, wie die sich den Lokalfunk vorstellen?

Diers: Da gibt es nichts. Die kritisieren unser Programm, unsere Statuten, unsere Redaktion - haben aber selbst nie etwas Entsprechendes vorgelegt. Wie die sich den Betrieb des

Radios vorstellen, ist uns völlig unbekannt. Vielleicht ja den ganzen Tag aus ihren Zeitungen vorlesen...

Gegenwind: ...und drei Kuschelrock-CDs für den musikalischen Teil. Die Radio-Jade-Tür für die anderen Initiativen ist also dicht?

Diers: Das Radio ist ein Unterhaltungsmedium, welches zur Medienvielfalt beitragen soll. Das können doch nicht die Leute machen, die hier schon seit Jahrzehnten die Medienlandschaft in ihrem Sinn prägen. Trotzdem sind wir nicht dicht für die anderen. Wir haben den Varelern angeboten, dort ein Studio zu installieren, welches allerdings von ihnen selbst finanziert werden müßte, weil unser Etat so etwas nicht ermöglicht.



Gegenwind: Es könnte doch sein, daß die Mitglieder der anderen Initiativen ebenfalls ein wirkliches Bürgerradio machen wollen, wie können die denn noch mitmachen, wenn bei euch schon alles steht, ihr sogar schon eine Redaktion gewählt habt?

Diers: Wenn beispielsweise die Vareler bei uns mitmachen wollen, da wären wir sicher auch bereit, Neuwahlen des Vorstands durchzuführen. Wenn jemand wirklich Bürgerradio machen will und auch die Kompetenz dazu hat, dann wird er bei uns offene Türen vorfinden. Wir nehmen nicht für uns in Anspruch, daß wir die Richtigen sind, daß wir die Besten sind, die die Region hat. Aber die Struktur von Radio Jade hat sich in den letzten Jahren so entwickelt, wie sie heute ist. Und das müssen die anderen Initiativen akzeptieren. Und natürlich läßt sich auch die Redaktion erweitern - aber nicht durch jemanden, der mit vordergründigen Absichten in die Redaktion geschickt wird.

Gegenwind: Am 13. August wird die Landesmedienanstalt, darüber entscheiden, welche Initiative hier die Lizenz bekommt.

Diers: Richtig. Und wir gehen davon aus, daß wir die Lizenz bekommen, weil wir mit unserem Konzept eine umfassende Meinungsvielfalt garantieren können. Das Mitgliederspektrum von Radio Jade umfaßt so ziemlich alle Schich-

WAS STECKT HINTER "87.8 - DEIN RADIO"?

Die Radioinitiative des WZ-Verlegers M. Adrian ist eine GmbH. Das heißt, wer Radio 87.8 unterstützen will, muß Gesellschafter werden und einen entsprechenden Beitrag einzahlen. Gesellschafter sind laut "87.8" unter anderem das Deutsche Rote Kreuz, der Stadtsportbund (SSB), die Arbeiterwohlfahrt, die Ortsgruppe der IG Medien und die Kunstschule "Die Werft".

Da hat sich denn ein ordentliches Finanzpolster angesammelt. Sollte man meinen. Doch so ganz abgesichert scheint dieses Radio wohl nicht zu sein!

Auf einer Vollversammlung des Stadtsportbundes stellte der SVW-Vertreter, Herr Pochanke, dem SSB-Geschäftsführer Dr. Gerhard Eickmeier die Frage, wie es denn sein kann, daß in der Öffentlichkeit behauptet wird, der unter notorischer Geldnot leidende SSB sei Mitglied bei der Radioinitiative des Herrn Adrian, mit einer Einlage von 10.000 DM. Eickmeier erklärte daraufhin, daß es zwischen der Radioinitiative und dem SSB keinen entsprechenden Vertrag gäbe. Es hätten zwar Gespräche zwischen ihm und Herrn Adrian stattgefunden, aber es gäbe keinen Vertrag. "Ein Vorstandsmitglied des SSB erklärte mir gegenüber, daß das Thema im Vorstand nie thematisiert worden sei, er sei davon völlig überrascht gewesen," erklärte Herr Pochanke gegenüber dem Gegenwind. Als weitere Konsequenz trat der Kassierer, der ebenfalls über die eigenmächtige Initiative Eickmeiers nicht unterrichtet war, von seinem Posten zurück.

Der Rechtsanwalt Harald Naraschewski erklärt als Vertreter der WZ-Radio-Initiative weiterhin öffentlich, daß der SSB zu den Gesellschaftern gehöre. Dieser Äußerung wurde bisher nicht widersprochen. Ob da ein erneuter Beschluß im SSB gefaßt wurde, ist unbekannt und auf Grund der Finanzsituation des SSB unwahrscheinlich. Oder ob es beim SSB auch so läuft wie bei der Wilhelmshavener IG Medien? Unbestätigten, aber durchaus glaubhaften Berichten zufolge, bezahlt der WZ-Verleger Adrian den Beitrag der Gewerkschafter aus seiner eigenen Tasche. Der Jahresetat der Gewerkschaftsgruppe dürfte auch kaum ausreichen, solche Spielchen mitzumachen. Das nennt sich Sozialpartnerschaft!

Interessant wird auch sein, zu erfahren, wie denn die anderen oben genannten gemeinnützigen, spendenabhängigen Organisationen zu einem solchen Beschluß kamen. (hk)

ten und Gruppen dieser Region. Das geht vom Antifaschistischen Bündnis bis hin zum Bundeswehrverband.

Gegenwind: Der Vertreter der WZ-Initiative, Rechtsanwalt Harald Naraschewski, hat an-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung "Radio Jade"

gekündigt, daß seine Initiative klagen wird, falls Radio Jade die Lizenz bekommt.

Diers: Herr Naraschewski und auch Herr Gottschalk haben das angekündigt und gefährden damit die einmalige Chance, in dieser Stadt, in dieser Region ein Bürgerradio zu installieren. Herr Naraschewski hat erklärt, daß er klagen wird, weil unser Finanzkonzept so schlecht sei. Die Landesmedienanstalt akzeptiert unser Konzept und die andere Initiative sieht das als Klagegrund - das ist doch ein Unding. Für mich bedeutet das, daß die gar kein Radio für die Region wollen.

Gegenwind: Du sagtest eben, daß ihr hier die Gruppe seid, die eine große Medienvielfalt garantiert. Wie sieht diese Vielfalt aus?

Diers: Das Konzept von Radio Jade ist sehr demokratisch. Es wird immer wieder behauptet, daß wir gegen die WZ Radio machen wollen. Das stimmt nicht. Die WZ gehört zur Medienvielfalt der Stadt. Wir wollen gute journalistische Arbeit machen und die wird dieser Stadt gut tun. Dieses Radio ist eine Chance für diese Stadt, für die Region.

Gegenwind: Gibt es inzwischen Signale aus der Stadtverwaltung?

Diers: Nein. Da bewegt sich gar nichts.

Gegenwind: Hat die Stadt vielleicht Angst vor Radio Jade? Viele Dinge, die in dieser Stadt geschehen, gelangen ja nie in die Öffentlichkeit. Und ein Bürgerradio, das täglich mehrere Stunden sendet - ich kann mir schon vorstellen, daß da in so mancher Amtsstube die Zähne klappern.

Diers: Man muß in der Öffentlichkeit doch alles diskutieren können - und das ist mit unserem Sender möglich. Da kann durch diese Öffentlichkeit auch viel Schaden abgewendet werden, Fehlentwicklungen können frühzeitig erkannt werden. Bei uns kommen nicht nur die Bürger zu Wort. Wir wollen auch, daß die Politiker, daß die Verwaltung bei uns zu Wort kommen und gleichzeitig mit den Bürgern diskutieren können.



Gegenwind: Ihr plant auch Direktübertragungen aus dem Rathaus, von Ratssitzungen. Ist das nicht fürchterlich langweilig?

Diers: Direktübertragungen wird es wohl nicht geben - das wäre wirklich grottenlangweilig. Aber wir werden im Rathaus präsent sein, bei den Ratssitzungen und anderen Veranstaltungen vor Ort sein, die Debatten mitschneiden

Kommentar

RADIO WZ - NEIN DANKE!

Mit überwältigender Mehrheit beschloß die Jahreshauptversammlung des Vereins „Radio Jade Lokalrundfunk e. V.“ am 18. Juni, den schon gestellten Lizenzantrag als Einzelinitiative aufrecht zu erhalten. Für die Alternative, mit den beiden Mitbewerbern eine Dachgesellschaft zu bilden und einen gemeinsamen Antrag zu stellen, fanden sich nur zwei Befürworter. Sturheit der „Radiofreaks mit einem Rattenschwanz dahinter“, wie der Sprecher der Verlegerinitiative „87,8 - Dein Radio“, Hans-Joachim Gottschalk, den Verein gelegentlich zu nennen beliebte? Arroganz, wie „-id“ in der WZ vom 20.6. mit seiner Zwischenüberschrift „Liefert das Geld ab“ anzudeuten versuchte?

In der Mitgliederversammlung hatten Gottschalk und auch der Sprecher der Varelser Radioinitiative „Jade-Welle“, Dierk (Auto-)Filmer, Gelegenheit zu einer Darlegung ihrer Standpunkte. Was sie sagten, war im wesentlichen gleich. Beide beteuerten ihre Kompromißbereitschaft und sahen den Grund für die bisherige Erfolglosigkeit der Einigungsbemühungen in der mangelnden Kompromißbereitschaft von „Radio Jade“. Der einzige Unterschied zwischen den Statements der beiden war eigentlich nur, daß Gottschalk mehr vom Geld sprach, das Radio Jade nicht aufbringen könne, seine Gruppierung aber wohl.

Nun ist die Gottschalk-Initiative (hinter der der WZ-Herausgeber Manfred Adrian steht) eine GmbH (oder soll eine werden), doch die angeblichen Gesellschafter sind eher mit Skepsis zu betrachten. Bezüglich des Stadtsportbundes, den die Gruppe als Mitgesellschafter ausgab, hat sich schon herausge-

und die wichtigen Beiträge noch am selben Tag über den Äther schicken und mit den Kommunalpolitikern diskutieren. Das ist ein ganz wichtiger Teil unserer Aufgaben: Entscheidungen transparent machen. Wir wollen einen direkten Draht zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern spannen.

Gegenwind: Du erweckst den Eindruck, als wäre Radio Jade schon ein richtiger Sender. Mit vollem Programm, vielen Wortbeiträgen, einem neuartigen Musikeil usw. Wie wollt ihr das mit euren 3 ½ Leuten machen? Geht ihr da nicht etwas blauäugig ran?

Diers: Wir wollen gutes, professionelles Radio machen. Das braucht natürlich seine Zeit. Ein Sender wie z.B. Radio Bremen hat 350 feste Mitarbeiter - wir fangen mit 3 ½ an. Aber Bürgerradio, nichtkommerzieller Lokalfunk - das ist nicht der NDR. Wir haben eine engagierte Programmstruktur erarbeitet und die wollen wir verwirklichen. Das geht natürlich nicht mit 3 ½ Leuten. Wir haben einen 200.000 DM-Etat für freie Mitarbeiter - das klingt nach viel Geld, aber aufs Jahr und auf die vielen

stellt, daß er seinem Vorsitzenden kein Mandat erteilt hat, sich an „87,8 - Dein Radio“ zu beteiligen; man darf gespannt sein, wie viele der anderen angeblichen Gesellschafter sich als Fiktion erweisen werden.

Die 163 Einzelpersonen und 35 Vereine hingegen, die bei „Radio Jade“ Mitglied sind, sind sehr real. Und da fragt sich schon, was eigentlich für die beiden anderen Initiativen dagegen spricht, ihre Anhänger (bzw. Hintermänner) zum Beitritt zu einem jetzt schon großen und täglich wachsenden Verein und zur Zahlung eines großzügigen Beitrages aufzufordern, um den Sendebetrieb über die ganze Versuchszeit und darüber hinaus zu gewährleisten - daß sie das Geld haben, ist ihnen ohne weiteres zu glauben.

Die Frage wurde in der Versammlung aufgeworfen, doch Gottschalks Mitstreiter Harald Naraschewski, dem dazu das Wort erteilt wurde, beantwortete sie sehr wortreich nicht und sprach stattdessen, wie vor ihm Gottschalk, vom Geld.

In einem Verein hat nun aber jede und jeder eine Stimme, unabhängig vom Inhalt des Portemonnaies. Und deshalb favorisieren die beiden anderen Gruppen die „Drittellösung“. Bei ihrem „Kompromißvorschlag“ aus den drei Gruppierungen eine Dachgesellschaft zu bilden, hätte Herr Adrian dann ein Drittel der Stimmen statt nur einer. Das fällt aus! Der Redebeitrag einer Versammlungsteilnehmerin „Ich bin bei Radio Jade, weil ich ein anderes Medium neben der WZ will, und ich zahle keinen Mitgliedsbeitrag für ein WZ-Radio!“ wurde von vielen mit Beifall bedacht, und das eindeutige Votum, statt einer solchen Beschneidung den Alleingang zu wagen - auch auf die Gefahr hin, dann vielleicht am Ende zusehen zu müssen, daß die WZ den Zuschlag bekommt - unterstrich dies eindrucksvoll. Anette Nowak

Sendestunden aufgeteilt, ist das nicht viel.

Gegenwind: Freie Mitarbeiter sind fester Bestandteil eures Konzeptes?

Diers: Ganz sicher. Darauf können wir nicht verzichten. Wir sind schon dabei, diese freien Mitarbeiter auszubilden - wie muß ein Beitrag aussehen, wie mache ich eine Umfrage, rechtliche Fragen usw. usf. Im Verein haben wir Fachgruppen gebildet, die dafür sorgen werden, daß unser Programm inhaltlich lebendig ist. Das ist unser Konzept des Bürgerradios: Jeder kann sich bei uns einbringen, kann mitarbeiten, kann unter Umständen eigene Sendungen machen - von der Musik über die Moderation bis zur Technik. Darum sagen wir, daß alle, auch die anderen Initiativen, bei uns mitmachen und das Gesicht des Senders prägen können.

Gegenwind: Ich danke Dir für dieses Gespräch und hoffe, daß Radio Jade am 13. August die Lizenz bekommt, damit wir am 14. August hören können, was in dieser Stadt so los ist. □

VON MÄUSEN UND MENSCHEN

DIE VORGÄNGE UM DEN TIERSCHUTZVEREIN - AUS DER SICHT DER EHEMALIGEN 1. VORSITZENDEN HEIDI IKEN

(noa) Unter der Überschrift „Neue Besen“ meldeten wir im letzten Gegenwind, daß der Wechsel im Vorstand des Tierschutzvereins auch Kündigungen von Tierpflegerinnen nach sich gezogen hat. Wir zitierten die neue 1. Vorsitzende, Frau Helga Leerhoff, derzufolge die Entlassungen notwendig gewesen (und von der Stadt gefordert worden) seien, um die Personalkosten zu senken.

Daraufhin erreichte uns ein Brief der ehemaligen 1. Vorsitzenden, Heidi Iken, in dem sie uns daraufhinwies, daß die entlassenen Tierpflegerinnen durch erheblich teurere Neubzw. Wiedereinstellungen ersetzt wurden. Das Schreiben war nicht als Leserbrief gedacht, doch es veranlaßte uns, mit der Frau zu sprechen, über die monatelang in der WZ geschrieben wurde, die aber selber eher wenig zu Wort kam. Bei dem Gespräch waren auch Heidi Iken's Bruder Rolf Hensel, ehemaliger Kassenprüfer beim Tierschutzverein, und ihre Tochter Bianca Iken, bis vor kurzem Mitarbeiterin im Tierheimbüro, zugegen.

Von Menschen...

Gegenwind: Frau Iken, Sie sind ja richtig prominent geworden in den letzten Monaten.

Iken: Das hätte ich mir in den 18 Jahren als 1. Vorsitzende des Tierschutzvereins gewünscht, daß die WZ mal über den Tierschutz berichten würde!

Gegenwind: Für die Öffentlichkeit sah es so aus, als hätte alles mit einer Durchsuchung des Tierheims durch die Polizei angefangen - wie stellt sich das, was von Februar bis jetzt um Sie und Ihre Familie herum geschah, aus Ihrer Sicht dar?

Iken: Aus meiner Sicht läuft das schon viel länger. Wer eine große Rolle spielte, ist ja die Tierpflegerin Frau Marschner. Sie arbeitet schon seit vielen Jahren im Tierheim, und wir hatten oft Schwierigkeiten miteinander. Die Querelen steigerten sich Ende 94/Anfang 95. Es gab zwischen ihr und mir Ärger, wenn sie, ohne mich zu informieren, den Amtstierarzt und die Tierärztin heißmachte, oder als ein Freund von ihr, der ehrenamtlich im Tierheim arbeitete, eigenmächtig ein Aquarium säuberte und die Fische über Nacht in einem Eimer in die Heizung stellte mit dem Ergebnis, daß am nächsten Tag alle Fische tot waren. Eine Person muß nun mal das Sagen haben, und diese Person war ich - und Frau Marschner läßt sich nicht gerne etwas sagen. Von Januar bis August 95 hat sie nachweislich pro Monat 6-8 Tage gearbeitet und war den Rest der Zeit krank gemeldet, und als sie im August anbot, einen Aufhebungsvertrag zu akzeptieren, wenn sie 10000 DM Abfindung bekäme, wurde ihr Arbeitsverhältnis zum 30.9. beendet.

...und „Mäusen“

Gegenwind: Aber wie kann das schlechte Verhältnis zwischen Ihnen und einer Mitarbeiterin zur Abwahl als Vorsitzende führen?

Iken: Dazu muß ich noch weiter ausholen. Im September 92 bat mich Frau Weinem, die damals Geschäftsführerin war, ihr und ihrem Mann ein kurzfristiges Darlehen von 20000 DM aus Mitteln des Vereins zu geben. In zwei, spätestens drei Wochen wäre das Geld wieder in der Kasse.

Gegenwind: Und das haben Sie gemacht? Aus Vereinsmitteln?

Iken: Nun, damals bestand zwischen uns ein freundschaftliches Verhältnis, und ich habe mich auf die Rückzahlung verlassen. Die kam aber nicht, nach drei Wochen nicht und auch nach drei Monaten nicht. Tatsächlich war das Geld auch Anfang 94 noch nicht zurückgezahlt, als Frau Weinem mich um ein weiteres Darlehen von 5000 DM bat. Ich habe dann erst unserer Schatzmeisterin, Frau Rodenberg, gebeichtet, was ich getan hatte, und sie stimmte rückwirkend für die 20000 DM und aktuell für die 5000 DM zu, allerdings gegen Sicherheiten. Weinems gaben uns dann zwei Lebensversicherungspolice, und damit schien das gesichert.

Gegenwind: Herr Hensel, Sie müßten doch bei der Kassenprüfung gemerkt haben, daß da Vereinsmittel satzungswidrig verwendet worden waren.

Hensel: Nein, das war aus den Unterlagen nicht ersichtlich.

Iken: Ich hatte das als „Festgeld“ gebucht. Mittlerweile weiß ich, daß man Festgeld nur bei einer Bank haben kann.

Hensel: Ich hätte mir die Bankkonten ansehen müssen. Darauf kam ich nicht.

Iken: Mein Bruder hat das erst im Juli 95 bei der Umstellung der Buchführung auf EDV gemerkt. Da stand dann auf einmal „Festgeld Gutek“.

Gegenwind: Und was heißt das?

Hensel: Weinems haben eine Firma namens Gutek, und sie brauchten das Geld offenbar für diese Firma.

Gegenwind: Und so flog das also auf?

Iken: Ja. Ich habe dann der Schatzmeisterin gesagt, daß mein Bruder nun auch Bescheid weiß, und diese hat es Frau Weinem gesagt - und dann wurde Unruhe ins Tierheim gebracht.

Gegenwind: Aber das ist ganz unverständlich. Wenn Sie annehmen, daß Unruhe gestiftet wurde, um Sie loszuwerden, dann wäre das

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
Hifi-Komponenten, Literatur + Comics

u. v. m.
Bahnhofstraße 7 • 26382 Wilhelmshaven
Tel. (04421) 4 21 84

Darlehen doch immer noch da gewesen. Und Sie hatten doch als Sicherheit die Lebensversicherungspolice.

Iken: Die waren keinen Pfennig wert. Das bemerkte ich im Januar 95. Es waren keine Kapital-, sondern reine Risikolebensversicherungen, und sie waren zum 1.3.94 ausgelaufen. Ich befürchtete, das Geld würde ausgebucht als Beitrag zum Tierschutz. Die Firma Gutek arbeitet in Sachen Ölbekämpfung (auf See), und das hätte man als Beitrag zum Vogelschutz deklarieren können.

Sehen Sie, es wurden auf einmal allerhand Vorwürfe erhoben - von Tierquälerei über willkürliche Einschläferungen bis hin zur Unterschlagung von Hunden. Darüber, was man mir aber tatsächlich zum Vorwurf machen konnte, nämlich die satzungswidrige Verwendung von Vereinsgeldern, wurde geschwiegen. Um die Aufmerksamkeit auf diesen Tatbestand zu richten, habe ich im März dann die Vereinsmitteilung „Das Komplott und die Hintergründe“ an alle Mitglieder und die Presse gegeben.

Gegenwind: Warum bezeichnen Sie das als „Komplott“?

Iken: Es ist auffällig, daß die meisten Leserbriefschreiber sich gegenseitig kennen. Und daß (für mich) positive Leserbriefe zwar geschrieben, aber bis auf zwei nicht gedruckt wurden.

Gegenwind: Sie nehmen also an, daß diejenigen, die Sie loswerden wollten, mobilisiert haben und ihre Bekannten veranlaßt haben, Leserbriefe gegen Sie zu schreiben.

Iken: Davon gehe ich aus.

Gegenwind: Um nochmal auf die 25000 DM zu kommen - die wurden doch zurückgezahlt.

Hensel: Ja, und in der WZ stand dann auch noch, daß sie sogar vor dem Fälligkeitstermin zurückgezahlt wurden. Dabei hatte meine Schwester alle Mühe, das Geld überhaupt für den Verein zurückzubekommen!

Iken: Wir haben im Februar 95 mit Weinems eine Vereinbarung über die Rückzahlungsbedingungen geschlossen und zurückdatiert auf die Auszahlungstermine. Von den Papieren her sieht das jetzt alles so aus, als wären von Anfang an ein Rückzahlungstermin und ein Zinssatz festgelegt worden. Daran ge-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung "Von Mäusen..."

messen haben Weinems das Geld tatsächlich vorzeitig zurückgezahlt.

Sturheit oder Naivität?

Gegenwind: Der WZ war auch zu entnehmen, daß Sie stur an Ihrem Posten festgehalten haben und eine außerordentliche Mitgliederversammlung abgelehnt haben, obwohl es eine Unterschriftensammlung gab, und daß Sie den Verein allein geführt haben, nachdem die anderen Vorstandsmitglieder zurückgetreten waren.

Iken: Ja, von dem Rücktritt der anderen Vorstandsmitglieder erfuhr ich durch die WZ am Tag nach einer Vorstandssitzung, zu der niemand erschienen war. Mir gegenüber haben diese Mitglieder sich nicht erklärt. Und was die Mitgliederversammlung angeht: Es stand eine ordentliche Jahreshauptversammlung an. Die beantragte außerordentliche hätte bei Einhaltung aller Fristen sogar noch später als die ordentliche stattgefunden. Und was das sture Festhalten an meinem Posten angeht - ich hatte die Vorstellung, mein Amt zur Verfügung zu stellen, nachdem alle Vorwürfe geklärt und alle Verfahren abgeschlossen sein würden. Aber durch diese ganzen Sachen wollte ich noch als 1. Vorsitzende durch.

Gegenwind: Glaubten Sie wirklich, daß Sie die Jahreshauptversammlung im April „überleben“ würden?

Iken: Da war ich wohl sehr naiv. Ja, ich dachte, es würde eine sachliche Diskussion geben, und wir würden - zwar mit Emotionen, aber eben doch inhaltsbezogen - diskutieren.

Gegenwind: Nach der Leserbriefkampagne mußten Sie doch eigentlich damit rechnen, daß auch zur Jahreshauptversammlung mobilisiert und Stimmung gemacht werden würde. Sind Sie nicht auf den Gedanken gekommen, Ihrerseits Sympathisanten um sich zu scharen?

Iken: Das hat mein Anwalt auch gefragt. Nein, auf den Gedanken bin ich nicht gekommen. Das ist nicht meine Art. Ich war bei der Jahreshauptversammlung überhaupt nicht darauf gefaßt, daß so viele Nichtmitglieder wie Mitglieder kommen würden - die ehemaligen und jetzt wieder eingestellten Beschäftigten z.B. sind gar nicht im Verein, und es waren sehr viele Leute da, die noch nie etwas mit dem Tierschutzverein zu tun hatten. Und alle waren durch die Presseveröffentlichungen eingestimmt und gegen mich eingestellt. Ich kam kaum zu Wort und hatte keine Gelegenheit, die Dinge richtigzustellen. Es mag naiv klingen, aber damit hätte ich niemals gerechnet.

Gegenwind: Ein Gespräch mit irgendeinem aktiven Mitglied, z.B. mit jemandem aus dem Vorstand, hätte Ihnen das deutlich machen können.

Iken: Ich hatte in diesen letzten Wochen gar keinen Kontakt. Ich war - und bin immer noch - sehr beschäftigt damit, zu den zahlreichen Vorwürfen gegen mich Stellung zu beziehen.

Die juristische Seite

Gegenwind: Was für Strafverfahren kommen denn jetzt auf Sie zu?

Iken: Unterschlagung - das bezieht sich auf die zwei Westhighland-Terrier, wegen derer im Februar auch die Haussuchung im Tierheim war. Zu der Zeit, als diese Tiere bei uns waren, hatte ich zwar eine Augenoperation und war an der Sache nicht beteiligt, aber als damalige 1. Vorsitzende werde ich dafür haftbar gemacht. Dann Urkundenfälschung - es geht dabei um die Berliner Hunde, die wir als Wilhelmshavener Fundhunde ausgaben.

★ ★ ★ ★ ★

SUSANNES OHRING

Gökerstr. 39 (Nähe Kortekreuzung)

☎ 04421/31880

Falls der Sommer doch noch kommt...

Oberarmreifen

Fußkettchen

Seidentopf

Sonnenbrillen

Haarspangen...

Gegenwind: In diesem Zusammenhang wird auch der Vorwurf der Bereicherung erhoben. Stimmt es, daß der Verein dafür Geld von der Stadt bekommen hat?

Iken: Nein. Der städtische Zuschuß zum Tierheim ist immer gleich hoch, egal, wie viele Tiere da sind.

Gegenwind: Warum wurden die Hunde denn dann überhaupt umdeklariert?

Hensel: Das sollte Ihre Vermittlungschancen erhöhen. Wer nimmt denn schon einen Fundhund aus einer Stadt wie Berlin?

Iken: Meine Tochter ist deswegen auch wegen Urkundenfälschung angeklagt. Ja, dann wird mir noch Untreue vorgeworfen - ich soll für mich privat eingekauft haben mit Geld, das dem Tierschutzverein gehörte. Der ermitteln-

de Polizeibeamte hat wahllos Belege mitgenommen, und ich habe nun die Arbeit, festzustellen, was ich wann eingekauft habe. Es sind Belege von Geschäften dabei, die ich noch nie betreten habe, wo also andere eingekauft haben. Auf meine Belege schreibe ich immer, was ich besorgt habe, aber man hält mir nun auch Einkäufe vor, die andere getätigt haben. Und schließlich habe ich eine Anzeige wegen des angeblichen Abhörens von Gesprächen.

Gegenwind: Stimmt es denn nicht, daß Sie Mitarbeiterinnen zum Mitschneiden von Gesprächen aufgefordert haben?

Iken: Man kann es so hindrehen. Meine Tochter und Frau Brüseman haben sich oft bei mir über Frau Marschner beschwert. Ich sagte dann, sie sollten das mal mittels des Diktiergeräts aufnehmen, wenn Frau Marschner heftig wird, damit der Vorstand das mal hört - so konnte ich mir nicht viel vorstellen.

Bianca Iken: Wenn Frau Marschner etwas nicht paßt, dann reißt sie die Bürotür auf, sagt etwas Beleidigendes und knallt die Tür wieder zu, so daß man nicht mal etwas entgegnen kann. Frau Brüseman und ich waren immer wieder total fertig deswegen.

Gegenwind: Und haben Sie so eine Szene dann jemals aufgenommen?

Bianca Iken: Nein, so weit kam es nie.

Und nochmal: Von „Mäusen“...

Gegenwind: Frau Marschner ist ja nach der Jahreshauptversammlung wieder eingestellt worden. Noch jemand?

Iken: Ja, Frau Brüseman. Ich hatte sie im Februar fristlos entlassen, nachdem sie gegenüber dem Rundfunk Behauptungen gemacht hatte, nach denen im Tierheim Tierquälerei stattfände. Die fristlose Kündigung war rechtens - wegen Schädigung des Tierschutzvereins und -heims. Wenn Frau Leerhoff Ihnen gegenüber jetzt erklärt, sie müsse aus Kostengründen Personal entlassen, dann muß man auch wissen, daß die Pflegerinnen, die jetzt gehen mußten, ein Bruttogehalt von 1800 DM hatten, Frau Brüseman und Frau Marschner aber schon zu meiner Zeit 2300 bzw. 2900 DM hatten.

Gegenwind: Nun stand neulich in der WZ ein Artikel, bei dessen Lektüre bestimmt viele Leute gedacht haben, daß Sie ja wirklich keine Gegenheit auslassen, sich unmöglich zu machen. Kurz vor Ihrer „Entmachtung“ haben Sie Ihrer Tochter die Kündigung gegeben, verbunden mit einer überhöhten Abfindung. Der Artikel klingt ganz so, als wollten Sie vor dem Ende noch schnell für Ihre Tochter die Schäfchen ins Trockene bringen.

Iken: Etwa ab Februar war für Bianca von Tag zu Tag weniger zu tun. Offensichtlich hat die Pressekampagne viele Leute davon abgehalten, ins Tierheim zu kommen oder dort anzurufen. Und wir hatten im Januar einen Tierheimverwalter eingestellt. Nach seiner Einarbeitungsphase konnte er Biancas Arbeit mit erledigen. Biancas Stelle wurde überflüssig. Ihre Arbeit wird nun von dem neuen Verwalter gemacht. Eist mir zwar leid, meine Tochter arbeitslos zu machen, aber es ging nicht anders. Die Höhe der Abfindung fand ich angemessen. Der Arbeitsrichter hat allerdings in seinem Gütevorschlag die Auffassung vertreten, daß man Biancas Beschäftigungszeit nicht rechnerisch zusammenziehen kann.

Bianca Iken: Ich war zwischen der Beendigung meiner Ausbildung und der Einstellung als Büroangestellte ein halbes Jahr lang ohne Arbeit.

Gegenwind: Abgesehen von der Höhe der Abfindung sieht aber die kurz vorher erfolgte Lohnerhöhung recht verdächtig aus.

Iken: Biancas Bezüge wurden angepaßt, nachdem schon vorher die Bezüge der anderen Beschäftigten erhöht worden waren. Das war ein ganz normaler Vorgang. Wenn es nicht meine Tochter wäre, dann hätte niemand etwas dabei gefunden.

...und Menschen

Gegenwind: Von einer entlassenen Pflegerin haben wir gehört, daß es gleich am Tag nach der Mitgliederversammlung Schlag auf Schlag losging mit den Entlassungen.

Bianca Iken: Als ich am Morgen nach der Mitgliederversammlung zur Arbeit kam, hat man mir als erstes alle Schlüssel abgenommen.

Gegenwind: Darauf mußten Sie gefaßt sein als Tochter der eben abgesetzten Vorsitzenden.

Bianca Iken: Das schon, aber schlimm war es trotzdem.

Gegenwind: Sie alle drei stecken ja noch mitendrin in der ganzen Affäre. Das ist eigentlich nicht der richtige Zeitpunkt für einen Rückblick. Trotzdem: Wenn Sie von jetzt an zurückblicken, wie schätzen Sie das alles ein?

Hensel: Mich empört es, daß die Polizei genauso einseitig ermittelt, wie die WZ berichtet. Meiner Schwester wurde und wird alles sehr schwer gemacht.

Iken: Ich bin von den ersten Schlägen so getroffen worden, daß ich danach wohl nur noch mechanisch funktioniert habe. Ich habe einfach ganz viel nicht mitbekommen und nicht richtig eingeschätzt.

Bianca Iken: Ich bin im Tierheim groß geworden. Durch diese ganzen Vorgänge habe ich nicht nur meinen Arbeitsplatz, sondern gewissermaßen auch mein Zuhause verloren.

Gegenwind: Vielen Dank für das Gespräch! □

SCHWARZE FLECKEN IM WATT

DIE RETTUNG KAM VON SENCKENBERG

(hk) Seit vielen Jahren beobachten die offiziellen und inoffiziellen Umweltschutzorganisationen das Entstehen sogenannter Schwarzer Flecken im Wattenmeer. Erreichten sie in den letzten Jahren maximal die Größe eines Fußballes, haben sie in diesem Jahr die Größe von Fußballfeldern, zum Teil erstrecken sie sich über Quadratkilometer. Über 20% des Wattenmeeres an der ostfriesischen Küste besteht aus solchen schwarzen Flecken.

Diese Schwarzen Flecken sind Wattenbereiche, in denen alles Leben abgestorben ist. Über die Ursachen wird noch gestritten und geforscht. Das Zusammenspiel zwischen Überdüngung durch die über die Tiefs, Flüsse und Klärwerke ins Wattenmeer gelangenden Nährstoffe; ins Wattenmeer über die Luft eingebrachte Schadstoffe aus Auto-, Kraftwerks- und Industrieabgasen und ein ungewöhnlicher langer und harter Winter wird allgemein als Ursache für das großflächige Sterben des Wattenmeeres angesehen. Gestritten wird nun darüber, wer wieviel Anteil hat. Ein Streit um den Bart des Kaisers. Denn am Winter können wir nichts ändern. Ändern lassen sich aber die Schadstoffmengen, die über Luft und Wasser ins Wattengebiet gelangen.

Wer einmal mit offenen Augen durch Friesland/Ostfriesland fährt, dem wird auffallen, daß sich die Landschaft in vielen Bereichen verändert hat. Wo früher Kühe auf grünen Wiesen grasten, steht Mais, eine Futterpflanze die Indikator für Massentierhaltung ist. Mais braucht den Boden nur, damit die Wurzeln irgendwo einen Halt finden. Gedüngt werden diese Felder mit den nährstoffreichen Abfällen aus der Massentierhaltung.

Und dieser Dünger gelangt ohne Umwege auch ins Wattenmeer.

Natürlich sind diese Meldungen eine Katastrophe für die Fremdenverkehrsindustrie. Seit Jahren beginnt die Saison mit Horrormeldungen: Seehundsterben, sterbende Brandgänse, Schaumteppiche, Giftbeutelchen (Apron-Plus) und in diesem Jahr die Schwarzen Flecken. So ist es auch nicht unverständlich, daß so mancher Tourismus-Manager darin eine Kampagne der neidischen süddeutschen Fremdenverkehrsindustrie oder gar einen Komplott der Nationalparkverwaltung Wattenmeer zur Erlangung höherer Forschungsmittel vermutet.

Zur endgültigen Beruhigung benutzte die Presse eine Verlautbarung des Senckenberg-Institutes vom 17.6., in dem die Natur (strenger Winter, keine Frühjahrsstürme, warmes Wetter) zum Hauptschuldigen des großflächigen Absterbens des Wattenmeeres erklärt wurde. Schadstoffeinträge spielen nach Meinung der Senckenberg-Wissenschaftler nur

eine Nebenrolle. Das Wattenmeer wird, so Senckenberg, durch die gesetzlich vorgeschriebenen Herbststürme gerettet werden und im nächsten Jahr ist wieder alles in Ordnung.

So soll es denn wohl sein. □

Daten aus dem Wattenmeer

Im Sediment wird kaum noch Sauerstoff gemessen. Der Sauerstoffgehalt des bei Ebbe in Senken u.ä. zurückbleibenden Wassers liegt um die Hälfte unter den normalen Werten. Die Wattbewohner, vorwiegend Pierwurm und Seeringelwurm, aber auch Muscheln, kommen an die Oberfläche und verenden dort. Die verendeten Tiere liegen dicht an dicht auf dem Watt. An einigen Stellen liegen eimerweise Tierkadaver, sie bedecken zum Teil vollständig die Böden der Priele. Die Herzmuscheln, die den Winter überstanden haben, verenden jetzt an Sauerstoffmangel. (hk)

ABENTEUER & FREIZEIT



Bekleidung, Zelte,
Rucksäcke, Boote
und Schlafsäcke

unterwegs

Göker-/Ecke Peterstraße
Tel.: 04421/42912

VIELE KULTUREN - EINE ZUKUNFT



Dem Hass keine Chance

Perspektive

Unabhängiges Kulturzentrum

Seh-Blicke

Jahrespreis der Perspektive (s. nebenstehende Meldung) - Anmeldung bis 2.8.96!

Ständige Termine

POLITISCHES WERKSTATT-CAFÉ: jd. 1. + 3. SA im Monat, 16-19 Uhr; TAUSCHRING: jd. 1. MI im Monat, 20 Uhr; Arbeitsgruppe SPECKSTEIN: jd. DI 9.30 Uhr; MALKREIS: jd. DO 9.30 Uhr; SENIOREN-FOTOKREIS: jd. 1. DI im Monat 10 Uhr; FOTO-STAMMTISCH (f. Amateure): jd. 1. DO im Monat, 19.30 Uhr; ACOUSTIC-MEETING (MusikerInnen-treffen): jd. 3. FR im Monat, 20 Uhr; PLANUNGSTEAMSITZUNG (öffentlich) jd. MI 19.30 Uhr

PERSPEKTIVE, Wilhelmshaven, Schellingstr. 21 (Ecke Freiligrathstr.), Tel. 301397.

APOLLO

PROGRAMMKINO

Programmorschau Juli 1996

- 01.-10.07. Echte Kerle oder Mein Mann
- 11.-17.07. Casino oder Pulp Fiction
- 18.-24.07. Flirting with Disaster
- 25.-31.07. Flirting with Disaster oder Der Mann, der die Sterne macht

Die Filme laufen, solange Nachfrage besteht. Sie haben keinen festgelegten Starttermin und können unter Umständen auch ganz entfallen.

Feste Termine im Juli/August

- 02.07. ca. 17.45h Dead Man
- 09.07. ca. 18.00h Der Engländer, der auf einen Hügel stieg und...
- 16.07. ca. 17.45h Nelly & Monsieur Arnaud
- 23.07. ca. 17.45h Blue in the Face
- 30.07. ca. 17.45h Mein blühendes Geheimnis
- 06.08. ca. 17.45h Hier spricht Denise
- 13.08. ca. 17.45h Die üblichen Verdächtigen

SOMMERNACHTS-OPEN-AIR-KINO am Pumpwerk

- 14.07. ca. 22.00h Vier Hochzeiten und ein Todesfall
- 28.07. ca. 22.00h Don Juan de Marco
- 11.08. ca. 22.00h Während du schliefst

MONTAGS KINOTAG -
EINTRITT NUR DM 6,- !



BILDER, DIE NATUR BEDEUTEN

Um die Natur als eigenständiges Phänomen und in der Wahrnehmung und Bewertung durch den Menschen zu beschreiben, sind übliche Kommunikationsmittel wie Sprache oder Statistik nicht immer die geeignetsten. Um das Verhältnis zwischen Mensch und Natur zu ergründen, erfragt die Nationalparkverwaltung anlässlich des zehnjährigen Nationalpark-Jubiläums auch auf anderen Wegen das Naturverständnis des Menschen - als Voraussetzung für eine zeitnahe und menschenfreundliche Naturschutzarbeit.

Jahreszeiten im Wandel

Einen Beitrag dazu leistet die Galerie M. Am 4. Juli um 20 Uhr eröffnet Regierungspräsident Bernd Theilen dort eine Ausstellung von Bernd Eilts und Hermann Buss. Beide stammen aus der Region und beschäftigen sich in ihren Werken mit der Ästhetik dieses einzigartigen Naturraumes, in dessen Umfeld sie leben und arbeiten.

Seh-Blicke

heißt das Thema des diesjährigen Jahrespreises, den die Galerie Perspektive gemeinsam mit der Nationalparkverwaltung ausschreibt. Bildende KünstlerInnen sind gefragt, ihre Natur-Bilder formal und inhaltlich treffend aufzuarbeiten und zu vermitteln. Dafür wird ein Preisgeld von 2000 DM vergeben. Wer teilnehmen möchte, meldet sich bis zum 2. August bei der Perspektive (Tel. 301397) an. Dort oder bei der Nationalparkverwaltung (Tel. 911292) sind auch die Ausschreibung und nähere Informationen erhältlich.

(Was) braucht der mensch meer?

ist der Titel des Sonderpreises, den die Nationalparkverwaltung zu den diesjährigen Maritimen Filmtagen (vom 19. bis 22. September im Pumpwerk und Apollo Programm-Kino) vergibt. FilmemacherInnen werden in der weltweit verschickten Ausschreibung nach ihrem Blickwinkel zum Verhältnis von Mensch und Natur befragt. Auch hier winkt ein Gesamtpreis von 2000 DM.

GALERIE M

Ausstellung "10 Jahre Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer"

4. bis 20 Juli 1996

HERMANN BUSS

Grenzbereiche: Mensch - Küste - Meer

BERNDEILTS

Jahreszeiten im Wandel

Eröffnung: 4. Juli 1996 um 20 Uhr

Begrüßung und Einführung:
Bernd Theilen, Regierungspräsident

Galerie M, WHV, Kanalstr. 43, Eingang Weserstr. gegenüber Einmündung Allerstr., Tel. 04421-454104. Öffnungszeiten: Mi 16-20 Uhr, Fr 17-19 Uhr, Sa und So 15-17 Uhr.

Kulturzentrum pumpwerk

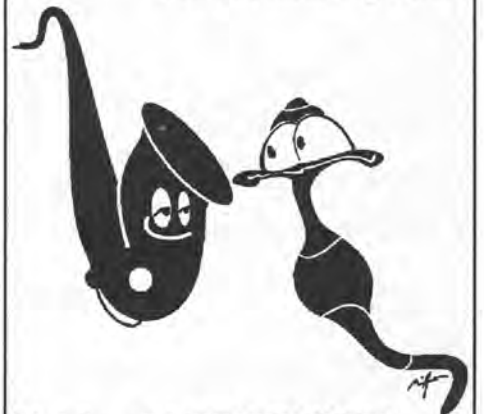
Programm Juni/ Juli 96

SO, 30.6. Frühschoppen
11.00 Uhr mit NITESHIFT
Spiele und Aktionen am Spielwagen

5. bis 7. Juli

WOCHENENDE ANDERJADE WINDFEST RUND UMS PUMPWERK

FR, 5.7. Party für Nachtschwärmer
21.00 Uhr Part 1: Mr. Ed Jumps the Gun,
God's favourite Dog, Trieb



SA, 6.7. DATWATT ROCKT!
20.00 Uhr mit Birth Control, Stoppok &
Band und Supercharge

WATT'N DATT DA?! VON PIRATEN UND PIRANJAS

Große Kinderaktion vom Pumpwerk, der Nationalparkverwaltung "Niedersächsisches Wattenmeer" und der Kunstschule "Die Werft". 6. + 7.7. von 10 bis 18 Uhr auf der großen Wiese hinterm Pumpwerk

Vorschau August 1996

SA, 17.8. BIGLIGHT

FR, 23.8. HUDSON SHAD - New
Yorker Vocal Ensemble

SA, 24.8. MACEOPARKER &
BAND

Kulturzentrum Pumpwerk, An der Deichbrücke,
26382 Wilhelmshaven, Tel. 04421- 43877

Kunsthalle Wilhelmshaven

LEONARD WÜBBENA Skulpturen

27. 6. bis 4. 8. 1996

Eröffnung: 27. Juni, 19 Uhr

Rhythmische Performance:

Ulrich Neels, Oldenburg

Finissage mit Künstlergespräch:

1. August, 19 Uhr

Kunsthalle Wilhelmshaven, Adalbertstr. 28, Tel.
04421 - 41448. Di-So 11 bis 17 Uhr, Do 11 bis
21 Uhr.

Nachrichten

ABGELEHNT

wurde die Gründung eines sozialistischen Arbeitskreises innerhalb der SPD. Die Jusos und einige andere SPD-MitgliederInnen reichten einen schriftlichen Antrag zur Genehmigung des Arbeitskreises beim Unterbezirksvorstand der Wilhelmshavener SPD ein. Ziel des Arbeitskreises war es, ein "Sammelbeken der linken Kräfte" zu schaffen. Der UB-Vorstand lehnte den Antrag mit der Begründung ab, daß es "so etwas ja schon mal gegeben hätte", und es nicht "gebraucht würde". Nun gründeten die linken GenossInnen einen Sozialistisch-Demokratischen-ArbeitnehmerInnen-Verein. (ft)

Kultur - Kommunikation

KLANG KLANG

Musik für Dich

Jeden Mittwoch ab 21⁰⁰ Uhr

"D J's against mainstream"
smasher from the underground

Jeden Samstag ab 22⁰⁰ Uhr

Der D J läuft heiß!
...die Drink's bleiben kühl

Sonntags immer ab 20⁰⁰ Uhr

"Durch den Park mit Steven Spielberg"

Frühstück im Kling Klang

Sonntags ab 11⁰⁰ Uhr

...sonst jeden Tag ab 10⁰⁰ Uhr

Kling Klang Hot Line

Konzerttips und andere Veranstaltungen
04421/136367

Börsenstr. 73

26382 Wilhelmshaven

KLANG KLANG

MARILYN

Wie nicht anders zu erwarten, wurde auch das jüngste Stück von Hartmut Herzog umjubelt und mit "Standing Ovations" wurde er selber vom Publikum gefeiert. In Gesprächen in der Stadt traute sich kaum jemand, zu sagen, daß es bis auf einige schöne Lieder einfach grau-sam und peinlich war. Es geht nicht darum, die Leistung der Mitglieder der "Duke's Mad Company" zu schmälern - im Gegenteil, was diese Laien-truppe auch wieder mit diesem Stück leistete, steht außer Frage. Doch so langsam sollten sich die Laien zu schade für Herzogs plumpe Stücke sein. (hk)



Ständige Termine



ADFC (ALLGEMEINER DEUTSCHER FAHR-RAD-CLUB) KREISVERBAND WILHELMSHAVEN: Treffen j.d. 1. Do im Monat, 20 Uhr, Ruscherei, Kontakt: 04421-83221.

ANTIFASCHISTISCHES BÜNDNIS WILHELSHAVEN: j.d. letzten Mi. i. Monat, 20 Uhr, Willi-Bleicher-Zentrum, Gewerkschaftshaus, Kieler Str. 63.

AKTIONSGEMEINSCHAFT GEGEN MÜLL-VERBRENNUNG: Kontakt: Tel. 303688 oder 34734.

ARBEITSKREIS SEXUALISTISCHER MACHT-MISSBRAUCH IN THERAPIE UND BERATUNG: c/o Schlüsselblume, Tel. 12984.

ARBEITSLOSENINITIATIVE: Beratung: Mo 9-13, Do 9-13 + 16.30-18.30 Uhr u. nach Absprache; Treffen j.d. 2. Di im Monat, 10 Uhr; jeweils im Gewerkschaftshaus, Kieler Str. 63. Tel. 21641 o. 23290.

ARBEITSLATZINITIATIVE FÜR FRAUEN: Mühlenweg 67; Tel. 305966; Beratungszeiten: Mo.-Do. 8-17 Uhr, Fr. 8-12.30 Uhr

AUSLÄNDERBEIRAT DER STADT: Rathausplatz, Eingang Passage, Zi. 26, Tel. 161281

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ IN DEUTSCHLAND (BUND): OG Wilhelmshaven um 20 Uhr im Tarish, WHV. Kontakt: 04421-82352 u. 81307.

BÜRGERINITIATIVE GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT (BIGAF): Tel. 44044

BUW (BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ WILHELMSHAVEN): H. Klöpfer, Weserstr. 33, Tel. 04421-44000

DFG/VK: Jd. Di um 20 Uhr im TARISH Treffen u. Beratung.

DGB-SENIOREN: Jd. 2. + 4. Mo. im Monat 15.30 Uhr, DGB-Haus

DRITTE-WELT-LADEN: Mi. 15-18 Uhr Gemeindehaus Banter Kirche

EV. ENTWICKLUNGSHILFEKREIS: j.d. 2. + 4. Mo. (außer Ferien und Feiertage) um 19.30 Uhr im Gemeindehaus Heppenser Str. 29, Tel. 83305

FRAUENCAFÉ "BACKSTUBE": j.d. 3. Sa. ab 17 Uhr Buchladen "lesen und schreiben", Albrechtstr. 10

FRAUENHAUS: "Frauen in Not" Tel. 22234, Tag- und Nachtbereitschaft

FRAUENLISTE: Büro Rheinstr. 168, Tel. 201940; j.d. 2. Mi. i. M. 20 Uhr Treffpunkt Kommunalpolitik; Informationen: Tel.: 87236

FRIEDENSBEWEGUNG WILHELMSHAVEN: j.d. 2. + 4. Mi. im Monat um 20 Uhr im PUMPWERK

GRAUE PANTHER: Jd. Mo. ab 16 Uhr, Kirchreihe 18a.

GREENPEACE: Kontakt: 23114.

GRÜNE: Grünes Büro, Ulmenstr. 26; Tel.: 37120 Bürozeiten: Di. 10-12 Uhr, Mi. 17-18 Uhr. Kommunal-AG montags vor der Ratssitzung. Mitglieder-versammlung siehe Aushang am Büro und Presse

INFOLADEN: Do. 19-22 Uhr Antifa-Café/j.d. 1.+3. Do. i.M. Antifa-Plenum; j.d. 2. Do. ab 20 Uhr Kurdistans Komitee; j.d. Fr. 20.00 Kurdischer Treff; Sa. ab 15 Uhr Info-Café; j.d. 3.+4. So. ab 16 Uhr Frauentag; Ausländer- und AsylberberInnenberatung: j.d. Di. + Do. 16-18 Uhr (Kontakt: 81011 Klöpfer o. 21641 DGB). Treffpunkt Kling Klang.

INTERNATIONALES FRAUENCAFÉ: Di. 17-21 Uhr; Marktstr. 151 (Verein der Griechen)

INTERNATIONALER MÄDCHENGESPRÄCHSKREIS: Kontakt 30 59 13

JUSOS IN WHV: 14täg. Mittw. 20.30 Uhr öffentl. MV: Jugendheim Kirchreihe 18a; Info-Tel.: 32879 o. 44833

LANDEsarbeitsgemeinschaft ROCK IN NIEDERSACHSEN (LAG ROCK), REGIONALBÜRO WILHELMSHAVEN: Musiker- und VeranstalterInnenberatung, Tel./Fax 04421-42773.

PAVILLON: Blumenstr. 15-17; Mo.-Fr. 14-21 Uhr

PROBLEMTTELEFON-TELEFONSELSORGE Tagl. 17-21 Uhr; Tel. 11103

PRO FAMILIA: Ärztliche, soziale und psychologische Beratungsstunden für Jugendliche und Erwachsene, Peterstr. 47, Tel. 25080

SCHLÜSSELBLUME E.V.: Beratungs-, Kontakt- und Informationsstelle gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen; Weserstr. 192; Tel. 201910.

SCHWULENGRUPPE: (Wilhelmshaven-Nordsee) Treff j.d. Do ab 21 Uhr im "mai pen lai", Ebertstr. 128; Schwules Café j.d. So ab 15 Uhr i. d. Whavener AIDS-Hilfe (s.u.); schwules Berat.tel. So 14-16 Uhr 04421-19411.

SELBSTHILFEGRUPPE SUCHTKRANKER FRAUEN: j.d. Mo 19.30 Uhr, Diakonie, Werftstr. 71. Kontakt: 303664 o. 74252.

SJD/DIE FALKEN: j.d. Di. 19.30 Uhr, Jugendheim Kirchreihe 18a

SOS-BERATUNGSSTELLE UND WOHNGRUPPE für Jugendliche und junge Erwachsene: Danziger Str. 31; Tel.: 12711; Putziger Str. 3; Tel.: 53313; Termine nach Vereinbarung

SOZIALISTISCH-DEMOKRATISCHER ARBEITNEHMERINNENVEREIN (LINKSRUCK): Tel.: 44833

STADTSCHÜLERRAT: Jd. 1.+ 3. Mo. im Monat (außer i.d. Ferien) 16-17 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a; Kontakt: Insa Cassens, Am Siel 11, Tel. 61655.

STILLGRUPPE: Di. 15 Uhr, Heike Drenker, Am Pelzershamm 3, Sillenstede; Tel. 04423/7500

TEESTUBE BANT: Teestube der evang. Jugend Bant, Werftstr. 75; Mo.-Fr. ab 15 Uhr, Tel. 22434

TELEFONSELSORGE: 11103 tgl. 17-23 Uhr.

TERRE DES HOMMES: AG Wilhelmshaven, Kontakt: 04421/81200

TIERRECHTSBEWEGUNG: Hauptstr. 2, Mid-delsfähr; Tel. 04421/701055; j.d. 1.+ 3. So. 17 Uhr im TARISH

VERBAND ALLEINERZIEHENDER MÜTTER UND VÄTER: Jd. 4. Fr. im Monat um 20.30 Uhr, Krähenbusch; Kontakt: 04421/202607

VVN-BUND DER ANTIFASCHISTEN: j.d. 1. Mo. 20 Uhr Jugendheim Kirchreihe 18a

WILHELMSHAVENER AIDS-HILFE: Bremer Str. 139; Tel. 21149 (Büro); Öffnungszeiten Mo-Fr 10-16 Uhr, offenes Café Mo-Fr 13-16 Uhr, tel. Beratung unter 19411 Mo-Fr 10-16 Uhr, persönl. Beratung u. Gruppenveranst. nach Absprache.

WILHELMSHAVENER HELFEN: Annahmestelle für Kleidung, Wäsche, Spielzeug, Haushaltsgegenstände, Kleinmöbel

WILHELMSHAVENER MUSIKINITIATIVE: MusikerInnenhaus Banter Deich 8; Tel. 44699, 11 bis 19 Uhr

WILLI-BLEICHER-ZENTRUM: Mo.-Do. 19-

Für die ständigen Termine bitten wir die aufgeführten Gruppen gegebenenfalls um Korrekturen

NICHTS IST UMSONST

DIE WIEDERBELEBUNG DER FRAUENLISTE: NUR AUF DEN ERSTEN BLICK EIN FLOP

(ub/iz) Gut vierzig Frauen und Männer kamen am 29. Mai auf Einladung der Frauenliste in der "Perspektive" zusammen, um unter dem Motto "Resignation ist keine Lösung" neue Wege der WählerInnengemeinschaft zu diskutieren und im besten Fall gleich - in Blickrichtung auf die Kommunalwahl - zu beschreiten. Am Ende zeigte sich, daß zwischen den Alternativen "Aufgeben" und "Wahlkampf fürs Ratsmandat" noch andere Lösungen möglich und unter Umständen vielversprechender sind.

Warum die Krise?

Für diese Veranstaltung hatte sich Hildegard Korell "mit viel Herzblut" stark gemacht. Sie leitete die Diskussion zusammen mit Dora Fuhlbohm und der amtierenden Ratsfrau Monika Schwarz. Eingangs legten sie die Hintergründe für die Krise und den Handlungsbedarf offen: Vor der letzten Kommunalwahl wurden aus dem Stand vierzig UnterstützerInnen gewonnen, doch in der Etappe erwies sich die Gemeinschaft als "Durchlauferrhitzer". Ehemals aktive Frauen zogen sich, teilweise aus beruflichen Gründen zurück; zu wenig neue Mitstreiterinnen konnten gefunden werden.

Im gleichen Zeitraum ist die Unzufriedenheit mit den sogenannten etablierten Parteien und die Notwendigkeit einer "schlagkräftigen politischen Alternative in WHV" gewachsen. So entschloß frau sich zur letzten Offensive einschließlich Öffnung der WählerInnengemeinschaft für Männer. Ihr Aufruf richtete sich "an alle Frauen und Männer, die sich durch die etablierten Parteien, einschließlich der Wilhelmshavener Grünen, nicht mehr vertreten fühlen".

Die Rahmenbedingungen

Mit der Kommunalwahl und damit einem knappen Zeitlimit vor Augen wurde, mit Hilfe von Wahlamtsleiter Perkams, der Handlungsspielraum ermittelt. Der Name "Frauenliste Wilhelmshaven" ist quasi ein (durch die Niedersächsische Gemeindeordnung) geschütztes Warenzeichen. Wollte man/frau die Öffnung auch im Titel, z.B. auf den Stimmzetteln, dokumentieren, (etwa als "Frauen- und Männerliste" oder "Linke Liste Wilhelmshaven"), müßte der unter dem jetzt gegebenen Zeitdruck unumständliche Weg zur Gründung einer WählerInnengemeinschaft neu beschritten werden. Sprich: Sammlung von mindestens 30 Unterschriften in jedem der sechs Wahlbezirke, mit nachfolgendem Zulassungsverfahren. Das jetzt geänderte Kommunalwahlverfahren verschärft den Druck, denn nach dem nun gültigen d'Hondtschen Zählverfahren sind die kleinen Parteien im Nachteil. Erheblich mehr Stimmen sind erforderlich, um in den Rat einzuziehen. Zum Vergleich: Ganze 154 Stimmen fehlten der Frauenliste 1991, um eine zweite Frau in den Rat zu schicken. Mit der gleichen Wählerstimmenzahl wie 1991 würde es im Herbst 1996 mal so eben für eine Ratsfrau reichen. Für einige Vertreterinnen der

Frauenliste ein wichtiges Argument, mit bewährtem Namen in den Wahlkampf zu ziehen.

Das Parteiprogramm

Deshalb gingen die VertreterInnen der Frauenliste mit der Vorgabe in die Versammlung, auf der bestehenden WählerInnengemeinschaft aufzubauen und damit auch auf dem Parteiprogramm, das Monika Schwarz zusammenfassend in Erinnerung rief. Dabei wurde deutlich, daß das Programm, abgesehen von frauenspezifischen Aspekten, sich auf dem Papier nur in wenigen Punkten individuell von denen anderer Parteien abhebt und fast nichts tatsächlich umgesetzt werden konnte: Noch immer ist die Gleichstellungsstelle hoffnungslos unterbesetzt; noch immer gibt es kein Frauenbegegnungszentrum (statt dessen werden bestehende Begegnungs- und Kultureinrichtungen jeglicher Art systematisch ausgetrocknet); noch immer gibt es kein Frauen-Nachttaxi. Dazu Monika Schwarz: "Langer Atem und Kompromißbereitschaft sind erforderlich, um gesetzten Zielen *näher zu kommen*."

Hervorstechend und brandaktuell sind einige Statements aus dem 9. Wahlprogramm wie "im Interesse von *Natur und Kindern* sollen Flächen brach liegen bleiben" (während tatsächlich vorhandene Brachflächen kostenträchtig der Saubermann-Mentalität zum Opfer fallen und gleichzeitig vergleichsweise langweilige Spielplätze aus Geldmangel nicht instandgehalten werden). Oder: "*Kurzfristige wirtschaftliche Erfolge dürfen nicht auf Kosten der Umwelt gehen*" - in der Praxis werden für völlig visionäre Projekte schon mal vorsorglich Biotope vernichtet.

Das Arbeitsvolumen

Nicht um politische Mitstreiter/innen abzuschrecken, sondern vielmehr um ein realistisches Bild zu vermitteln, schilderte Monika Schwarz schonungslos, was auf potentielle RatskandidatInnen wie UnterstützerInnen zukommt: viel Arbeit und viel Zeitaufwand - und ohne aktive UnterstützerInnen, wohlgeachtet über die gesamte Legislaturperiode, undenkbar. Fünfzehn Ausschüsse sind zu besetzen, wobei zwei Leute eine Fraktion mit Grundmandat besetzen können; Stimmrecht hat erst eine Gruppe ab drei Personen.

...das Ei oder die Henne?

An diesem Abend, mit dieser aufwendig zu

Essthetik von



JONATHAN

Naturkostladen

Neu => Grenzstr. 16 <= Neu

Tel. 04421/13438

sammengetrommelten Gruppe, sollte etwas Konkretes passieren, im besten Fall der Einstieg in den Wahlkampf mit einem konsensfähigen Programm. Die Diskussion verlief bald kreisförmig: Der Wahlkampf erfordert KandidatInnen, diese brauchen ein Wahlprogramm, um sich für eine Kandidatur zu entscheiden; der Aufwand für ein Wahlprogramm ist wiederum nur gerechtfertigt, wenn eine solide KandidatInnenliste formal die Teilnahme am Wahlkampf garantiert... "Außergewöhnliche Umstände erfordern pragmatisches Handeln," so die Frauenliste. Sollte heißen: Die formal gesicherten Strukturen dieser zugelassenen WählerInnengemeinschaft weiter nutzen.

An dieser Stelle der Diskussion regte sich Widerspruch aus dem Kreis der Interessierten. Einige Teilnehmer/innen der Veranstaltung machten ihre aktive Unterstützung von einer offenen Diskussion des Programms der erweiterten Wählerinneninitiative abhängig. Sie wollten zunächst die Basis eines möglichen Bündnisses gemeinsam erarbeitet wissen. Denn, so ein Teilnehmer: "Eine Programmdiskussion ist notwendig, um mit einem neuen Programm neue Kräfte zu finden und um auch die Wählerschichten links von den Grünen zu erreichen".

In diesem Zusammenhang wurden aber auch die Probleme deutlich, eine Frauenliste plötzlich für Männer zu öffnen. Das erfordert von beiden Seiten Kompromisse, welche die Frau-

enliste aus gutem Grund bei ihrer Gründung ausklammern wollte. Mit der Öffnung der Gesellschaft für geschlechterspezifische Probleme sind diese noch lange nicht gelöst; und Frauen können nachweislich in selbstgewählten Strukturen ganz anders aus sich herausgehen, wie es z. B. die Politik der Frauenliste positiv gezeigt hat. Die teilweise sehr kontrovers geführte Diskussion an diesem Punkt machte deutlich, daß diese Problematik auch innerhalb der Frauenliste ungelöst ist.

Um nicht an diesem Problem stecken zu bleiben, sollte per Abstimmung die weitere Vorgehensweise beschlossen werden.

Diese ergab 6 Plädoyers für eine neue Liste gegen 18, die weiterhin eine (inhaltlich und personell erweiterte) Frauenliste als politische Plattform nutzen wollten. Eine weitere Abstimmung sollte zeigen, ob diese eindeutige Willensbekundung auch durch Bereitschaft zur aktiven Unterstützung bis hin zur Kandidatur untermauert wird - im Prinzip die spannendste Frage des Abends. Die Antwort: 19 Personen erklärten sich bereit, den Wahlkampf aktiv zu unterstützen. 11 Frauen und Männer konnten sich vorstellen, eine eventuelle Ratsarbeit über die ganze Legislaturperiode zu begleiten. Zu diesem Zeitpunkt für die Veranstalterinnen deprimierend: nur eine Frau stellte sich als Kandidatin zur Verfügung, ein Mann hatte diese Option mit einem Fragezeichen versehen.

Alles im Fluß: Chlor

Was Chlorchemie anrichtet und warum sie gestoppt werden muß. Informationen bei Greenpeace e.V., Vorsetzen 53, 2000 Hamburg 11. Gemeinsam schaffen wir mehr.

GREENPEACE

Begräbnis oder Feuertaupe?

Damit schien die Sache gestorben: eine klare Antwort, für Hildegard Korell enttäuschend, für Monika Schwarz "nicht überraschend". Der harte Kern, der nach der Abstimmung im Saal blieb, wollte jedoch nicht klein beigeben. Es wurde der Wunsch laut, die offensichtlich vorhandenen Kräfte weiterhin in einer neuen, noch offenen Form zu bündeln - ein Bündnis, ein Forum, das vielleicht nicht jetzt, unter dem Druck der Kommunalwahl, sondern mit langem Atem imstande sein könnte, das Gemeinwesen dieser Stadt jenseits der etablierten Parteien positiv zu beeinflussen und zu stärken. Mehrere Anwesende schienen willens und in der Lage, ein solches Bündnis zu initiieren, und zum guten Schluß ließ auch Monika Schwarz verlauten, sie würde "alles daran setzen, ein solches Forum zustande zu kriegen." □

Kommentar

Zunächst einmal sei den Aktiven der Frauenliste, allen voran Ratsfrau Monika Schwarz, Anerkennung gezollt. In wohlwollendem Gegensatz zu den meisten ihrer Rats-"kollegInnen", deren Verhalten untereinander mit dem nahenden Kommunalwahlkampf zunehmend unappetitlicher und zu Recht mehrfach vom Ratsvorsitzenden gerügt wurde, hat sie durchgängig Sachpolitik betrieben, ist nie in die Polemik, nie unter die Gürtellinie gerutscht. Vordergründig bürgerInnennahe und damit scheinbar unwidersprochen konsensfähige Beschlußvorlagen hat sie hinterfragt, dabei manches als populistisch entlarvt und ihre Zustimmung versagt bzw. von einer weiterführenden Diskussion abhängig gemacht.

Das sprichwörtliche Herzblut, das sie für die gemeinsame Sache vergossen haben, läßt sie an der Sache klammern, so der unterschwellige Eindruck der vordergründig offenen Diskussion. Auf der einen Seite saß Hildegard Korell, die vehement und teilweise gegen das Votum ihre Mitstreiterinnen diese Versammlung durchgedrückt hatte. Auf der anderen Seite Monika Schwarz, die von dem Versammlungsergebnis weder überrascht noch enttäuscht erschien und ein Weitermachen um jeden Preis als unrealistisch abtat. Da wurden Vermutungen aus dem Publikum hörbar, es sei von vorn herein eine geplante Beerdigungsveranstaltung gewesen. Dazwischen Dora Fuhlbohm, die den Unerschütterlichen bestätigte, jede/r könne ja weiterhin und jederzeit so eine Versammlung einberufen - wobei der Ton offen ließ, ob das nun eine Ermunterung oder blanker Zynismus bzw. Zweifel am Sinn solcher Initiativen sein sollte.

Bei aller Widersprüchlichkeit - öffnen oder dichtmachen? Ein Ende mit Schrecken oder als Chance für den Neuanfang? - war die Veranstaltung alles andere als umsonst. Der Wunsch nach einer politischen Alternative, nach einem Forum für versprengte Engagierte, wurde mehr als deutlich. Kaisertreue

Sozialdemokraten und von Hoffnungsträgern zu Postenjägern mutierte Grüne haben ihren Teil dazu beigetragen, wenn jetzt der Ruf nach neuen Bündnissen lauter wird.

Aber: Nicht nur diese Veranstaltung, auch die letzte Legislaturperiode hat gezeigt: eine parlamentarische Alternative läßt sich notfalls, d. h. termingerecht zu den Wahlen, übers Knie brechen, nicht aber die außerparlamentarische Unterstützung, ohne die sie ein zahnloser Tiger ist.

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß im Herbst 1996 eine auch über Parteigrenzen hinaus viel beachtete Wählerinitiative nicht mehr auf dem Wahlzettel auftaucht. Man kann vermuten, daß damit die Position der Grünen gestärkt wird. Ein Machtwechsel hin zu schwarz/grün ist wahrscheinlicher geworden. Die PDS hat sich (noch?) nicht als politische Alternative für linksdenkende Menschen angeboten.

Es läßt sich vielleicht aber die Situation als Chance begreifen, die nächsten fünf Jahre zu nutzen, um die offensichtlich vorhandenen Kräfte, auch oder gerade ohne Ratsmandat, also jenseits des formal vorgegebenen Demokratieverständnisses zu nutzen und zu bündeln. Eine Vision: wenn es gelingt, bis zum Jahre 2001 ein Forum zu etablieren, in dem sich viele Wilhelmshavener wiederfinden können - die regelmäßig und durchgängig Einzelaspekte der kommunalen Gemeinschaft diskutieren und mit den Ergebnissen ein Wahlprogramm aufbauen - dann wird es auch ein Leichtes sein, aus dieser Interessengemeinschaft problemlos ein Bündnis für den Rat zu schmieden. Gleichzeitig wäre es die Probe aufs Exempel: Wenn es nicht gelingt, solch ein Forum über 5 Jahre wirklich am Leben zu erhalten, dann würde es auch keine Legislaturperiode überstehen. Dann ist es ehrlicher, es gleich ganz lassen. Denn noch eine Partei, bei der die Basis und die WählerInnen resigniert mit dem Kopf nicken zu den einsamen Entscheidungen einer pöschengeilen Parteispitze, wäre reine Zeit- und Geldverschwendung.

Imke Zwoch/ Uwe Brams

Jeden Dienstag Studentenbewegung mit Dauertiefstpreis!

ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN !

"Es kann kein Mensch gerade gehen,
solange die Gesellschaft schief liegt."

Ernst Bloch, Prinzip Hoffnung



Der Sozialstaat wird zu Tode gespart. Auf der anderen Seite wird das Geld mit vollen Händen herausgeworfen und an die verteilt, die sowieso schon genug haben. Die CDU/CSU und allen voran die FDP versuchen durch Gesetze und Verordnungen uns soweit zu schröpfen, das wir gerade noch leben können.

Viele der Unternehmer setzen dem noch einen drauf. Wo keine Arbeitnehmerrechte gelten, wo keine Tarifbindung ist, wird zum Teil mit ihnen umgegangen als wären sie Dreck. Es herrscht Willkür. Gesetze kommen nicht zum Einsatz, sie werden über Bord geschmissen. Es herrschen fast feudale Strukturen, die Menschen

müssen mit dem zufrieden sein, was der Feudalherr gewährt. **Bei einer Arbeitslosenrate von über 19% in Wilhelmshaven, haben die Arbeitgeber leichtes Spiel.**

Aus der Angst der Arbeitnehmer vor Arbeitslosigkeit, gehen viele bis an die Grenze des Erträglichen, nur um ihren Arbeitsplatz zu erhalten. Der Grad der Selbstausbeutung nimmt ein Maß der Unerträglichkeit an. Je größer die Konkurrenz um die einzelnen Jobs, um so größer wird die Möglichkeit die Leute auszubeuten oder sie unterbezahlt zu beschäftigen.

So zahlt der Ratsherr der SPD, Roland Rath, in seiner Gaststätte "Störtebeker" usw. dem Personal einen Stundenlohn von **8.50 DM** bar auf die Hand. Da gibt es weder Kranken- noch Rentenversicherung und schon gar keine Arbeitslosenversicherung.

Oder nehmen wir den Konzern "Netto" in Wilhelmshaven, Weserstr.: hier werden Frauen beschäftigt, welche zusätzlich zu ihrer vereinbarten Arbeitszeit, **zwei Stunden täglich "Netto" arbeiten müssen**, d.h. zwei Stunden täglich umsonst; wenn nicht, können sie gehen. Der Name der Handelskette "NETTO" sagt hier alles.

Aus Angst und Scham betrügen viele sich selbst und versuchen sich was vorzumachen, indem sie nach Schuldigen suchen und dann Ausrasten. Fast immer, in die falsche Richtung. Der aufgestaute Frust entlädt sich dann in der Familie, gegen Behinderte, gegen Ausländer, Asylsuchende usw. Diese werden dann dafür verantwortlich gemacht und nicht das System aus Kapital und Politik, welches dafür verantwortlich ist.

Fangen wir an uns zu wehren. Der Marsch der 350 000 auf Bonn war ein guter Beginn. Immerhin beteiligten sich 14 Busse aus Wilhelmshaven und Umgebung daran.

PDS LINKE LISTE

Dies war ein guter Anfang.- KÄMPFEN WIR FÜR ARBEIT - Helft uns bei unserer Kampagne: "SOZIAL & SOLIDARISCH"

Basisgruppe Wilhelmshaven

JADEGATE?

MIT SCHWEREM GESCHÜTZ ZIEHEN DIE GRÜNEN GEGEN DIE SPD INS FELD

(hk) Eine Äußerung von OB Menzel im letzten GEGENWIND brachte das Blut der beiden grünen Ratsmitglieder Marianne Fröhling und Gerd Kläne nochmals in Wallung. Der OB unterstellte Gerd Kläne, daß er versucht habe, aus den Anschuldigungen in der Süddeutschen Zeitung gegen ihn (Kontakte mit Leuten aus dem rechtsradikalen Spektrum) politisches Kapital zu schlagen. In einem Gespräch stellten die beiden Grünen ihre Sichtweise dar und orten ein kleines Watergate an der Jade.

Für Kläne ist klar, daß einige in der SPD den Ausschuß für besondere Angelegenheiten benutzten, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Kläne zum GEGENWIND: "Die SPD-Trögeler-Affäre verwandelte die SPD-Fraktion in einen aufgeschreckten Hühnerhaufen. Es mußte irgend etwas her, um die auseinanderstrebenden Leute und Gruppierungen in der Fraktion zusammenzuführen." Darum ersann man in der SPD eine Strategie, so Kläne weiter, um diejenigen, die der Partei durch ihre Aktivitäten zur Aufklärung der SPD-Trögeler-Affäre Schaden zugefügt hatten, politisch unmöglich zu machen. "Schon früh warnten uns Leute aus der SPD, daß so etwas wie Rufmord, Verleumdung oder ähnliches geplant sein könne. Vermutlich ging es OB Menzel um seine Wiederwahl als Oberbürgermeister. Er wollte gern von allen Ortsvereinen einstimmig aufs Schild gehoben werden. Darum wahrscheinlich diese Inszenierung im Sonderausschuß." Nach Meinung Klänes war es ein großer Fehler, daß die Trögeler-Affäre und die Veröffentlichung der Süddeutschen Zeitung in einem Ausschuß behandelt wurden, weil, so Kläne "es der SPD dadurch gelang, von den wirklichen Problemen abzulenken und mit Hilfe der Presse die Vorwürfe gegen OB Menzel in den Vordergrund zu spielen."

Eine besondere Rolle in dieser Auseinandersetzung spielt ein Brief von Trögeler, in dem dieser behauptete, daß Fröhling und Kläne die Leute waren, die Handlögten die Informationen über Menzels angebliche Kontakte zu rechtsradikalen Immobilienhändlern gegeben hätten. In dem Trögeler-Brief wurden persönliche Informationen über die beiden verbreitet, Informationen, die nach Meinung von Fröhling und Kläne, nur direkt aus Wilhelmshavens SPD und Verwaltung stammen konnten.

Doch sie gehen noch weiter: "Dieses Schreiben ist hier in Wilhelmshaven von einigen Leuten der SPD verfaßt worden! Ziel dieser Kampagne war es, uns unglaublich, unmöglich zu machen und als Informanten von Handlögten hinzustellen. Ziel war es aber auch, in der SPD einen Schulterschluß herzustellen und alle Kritiker in der Partei mundtot zu machen. Und dieses Ziel wurde ja auch erreicht. Erst dieser Brief, der mit einem Verteilerschlüssel an alle Ratsmitglieder - bis auf die Fraktion der Grünen - versandt wurde, hat den OB Menzel bewogen, am 25. November 1995 in der hiesigen Presse öffentlich die Frage zu stellen, ob wir, Fröhling und Kläne, die Informanten seien und kündigte an, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um diesen

Sachverhalt aufzuklären. Erklärungen von Herrn Handlögten und auch eigene Erklärungen, daß wir beide nicht Informanten sein können, wurden ignoriert und veranlaßten uns dann, Selbstanzeige zu erstatten."

**Ab sofort noch mehr
Gesundes für alle im**

Tarish

**Fleisch aus kontrolliert
ökologischer Landwirtschaft,
frischer Fisch und
Kaffee, Tee und Kuchen**

Erreicht wurde nach Meinung der grünen Ratsmitglieder aber auch, daß der Zündstoff, der in dem SZ-Artikel enthalten war, ungehört verpuffte. Als Beispiel führt Marianne Fröhling das Gutachten über die Deponie-Altlast Kirchreihe an. In einem von der Stadt in Auftrag gegebenen Gutachten war von hohen Schadstoffkonzentrationen und von gesundheitlichen Gefahren die Rede. Dieses Gutachten wurde vermutlich wegen seiner Brisanz unter Verschuß gehalten und erst aufgrund eines Beschlusses im Rat einigen Ratsmitgliedern zur Einsicht vorgelegt. Im Verlauf der Einsichtnahme stellte Frau Fröhling die Frage, warum noch ein zweites Gutachten erstellt werden müsse und die Begründung war, daß es nicht von einem Toxikologen, sondern nur von einem Geologen gemacht wurde. Diese Antwort konnte Frau Fröhling schon allein wegen des Titels des Zusatzgutachtens "Toxikologische Bewertung der Bodenbelastung durch Schwermetalle und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe - Projekt 1069 -" nicht nachvollziehen und setzte sich daraufhin mit den Autoren des ersten Gutachtens in Verbindung. Von dort bekam sie zur Antwort, daß dieses Gutachten selbstverständlich von einem Toxikologen erstellt wurde. Dieser Toxikologe habe gemeinsam mit dem Geologen einem Kreis der Stadtverwaltung, dem Gesundheitsamt sowie dem Staatlichen Amt für



Wasser und Abfall Brake das Gutachten am 21. März 1994 in Wilhelmshaven vorgestellt.

Auch die Frage, warum ein Geologe das Gutachten unterschrieben hat, konnte sie aufklären: "Meine Gesprächspartner beim Contrast-Institut erklärten mir, daß am Tag nach der Vorstellung des Gutachtens eine Frau Gericke von der Stadt Wilhelmshaven die sofortige Zustellung des Gutachtens erbat. Der Einwand des Institutes, daß der Verfasser, der Toxikologe, in Urlaub sei und das Gutachten nicht unterschreiben könne, wurde mit dem Hinweis auf die Möglichkeit des Nachreichens der Unterschrift vom Tisch gewischt. So kam eben nur die Unterschrift eines Geologen unter das Gutachten. Ausreichend, um für viel zusätzliches Geld noch ein vermutlich verwaltungsfreundlicheres Gutachten erstellen zu lassen. Solche Sachen wurden im Untersuchungsausschuß nicht geklärt, weil die Strategie der SPD aufging."

Die beiden Ratsmitglieder zollten der SPD ein dickes Lob, weil sie es verstand, den Untersuchungsausschuß "strategisch hervorragend" für ihre Ziele zu nutzen, daraus Kapital zu schlagen. Gerd Kläne bezweifelt allerdings, daß dieses Kapital für die vor der Tür stehenden Kommunalwahl ausreicht. □

NATURATA

Das Fachgeschäft für Naturkost und Naturwaren

**Obst + Gemüse
Täglich frische Backwaren**

Wilhelmshaven
Gökerstraße 58

WATT WURMT DEN WATT-WURM WIRKLICH?

10 JAHRE NATIONALPARK NIEDERSÄCHSISCHES WATTENMEER: KIDS, KUNST, FILM, ROCKMUSIK UND MEH/ER UND KEINE RESIGNATION TROTZ "SCHWARZER FLECKEN"

(iz) Leicht entsteht der Eindruck, Wilhelmshaven liegt am Ende der Welt, der Bahnstrecke, der Autobahn und der Entwicklung schlechthin. Zumindest in einem Fall liegt es sehr zentral: unter den Küstengemeinden zwischen Emden und Cuxhaven, vor deren Toren der zweitgrößte deutsche Nationalpark liegt. Nicht von ungefähr ist die Jadestadt Sitz der Nationalparkverwaltung und demnächst auch des Wattenmeerhauses als größtes Umweltbildungszentrum der Küste.

1996 besteht das Großschutzgebiet 10 Jahre - für die Verantwortlichen nicht nur ein Grund zum Feiern. Die Nationalparkverwaltung, die als exotische Außenstelle der Bezirksregierung meist im Hintergrund wirkt, nimmt das Jubiläum zum Anlaß für die kritischen Reflexion ihrer Arbeit und des Naturschutzgedankens schlechthin.

Unser (?) Nationalpark: Gemeinden und Verwaltung im Gespräch

Seit dem Frühjahr befaßten sich Nationalpark-Anliegerkommunen mit "Chancen und Risiken des Nationalparks" in Hinblick auf die regionale Entwicklung. Die neue Nationalpark-Chefin Irmgard Remmers nahm das zum Anlaß, sich den Gemeindevertretern vorzustellen und einen Neuanfang für konstruktive Zusammenarbeit und Akzeptanz zu schaffen. Die Ergebnisse der Sitzungen wurden als Protokolle oder Grußbotschaften vorgelegt (Auszüge s. unten rechts).

Das Lauf-Feuer

Am 21. Juni radelten und liefen fast 1000 SchülerInnen für ihren Nationalpark. Von Emden und Cuxhaven aus führte die Strecke immer auf dem Deich entlang bis Wilhelmshaven. Die Nationalparkhäuser bereiteten den Staffelgruppen einen gebührenden Empfang. Dort übergaben die Bürgermeister ihre Botschaften zum Nationalpark. Abends wurden die letzten Gruppen mit großem Hallo beim Wattenmeerhaus am Südstrand empfangen. Ein kleines Kulturprogramm mit Spielen, Jongleuren und Musik von Radio Jade schloß eine der aufwendigsten und publikumswirkksamsten Veranstaltungen dieser Reihe ab.

Die Kids waren klasse! Es war wohl der lausigste Sommeranfang seit Jahren, die Kinder kämpften gegen Regen und Wind an, es gab sogar einige Stürze und manche gaben auf - aber alle Kinder zusammen brachten die Botschaften ans Ziel. OB Menzel und Regierungsvizepräsident Dieter Boll würdigten diese Leistung, die der Wilhelmshavener Zeitung leider keine Vorankündigung wert war.

Die Botschaften gehen dem Niedersächsischen Umweltministerium zu, das für den Herbst eine Konferenz der Nationalpark-Anliegergemeinden und Naturschutzverbände vorbereitet.



Mensch ärgere den Wattwurm nicht

hiß eine von 160 Einsendungen, mit denen sich Schulklassen aus ganz Niedersachsen an dem Preisausschreiben "Watt wurmt den Wattwurm" beteiligte: Spiele, Theaterstücke, Hörspiele, Modelle, Märchenbücher, Lern- und Erlebniskisten, Collagen, Gedichte, Geschichten ... Die Vielfalt an Ideen und der Fleiß der SchülerInnen stellen die Jury vor eine schwere Aufgabe.

Abenteuer Wattenmeer

heißen die dreitägigen Camps, die Anfang Juli an mehreren Orten im Nationalpark stattfinden. In Zusammenarbeit zwischen Nationalparkhäusern und Jugendpflege (Kinder-Ferienpaßaktion) ziehen die Kids in Watt und Salzwiesen, lernen Pflanzen und Tiere kennen und beobachten und ergründen Konflikte durch menschliche Nutzung. Abschließend gestalten und präsentieren sie eine eigene Aktion, um Erlerntes und Erlebtes für sich und andere durch Erfahrungen zu dokumentieren. An jedem Ort werden verschiedene Konzepte wie "Junge Prielforscher" oder "Watt'n Kunst" erprobt und so vielleicht zukünftig ein festes Angebot zur Umweltbildung im Nationalpark.

Watt'n dat da? Von Piraten und Piranjas

Zum Windfest am 6. und 7. Juli bietet das Kinderbetreuungsteam des Pumpwerks gemeinsam mit der Nationalparkverwaltung und der Kunstschule "Die Werft" eine große Kinderaktion an: Es gilt, das Piratendiplom zu bestehen und einen Schatz zu finden. Das Abenteuer führt vom Piratenschiff auf eine geheimnisvolle Zauberinsel; dort verwandeln sich die kleinen Abenteurer in merkwürdige Tiere. Indem sie deren Sprache und Leben kennenlernen, gelangen sie zum Schatz ...

Ein Wattenmeer-Kindergipfel

findet am 24. September ab 11 Uhr im Pumpwerk statt. Eingeladen sind die GewinnerInnen des Wattwurm-Preises und natürlich alle Interessierten. In einer Podiumsdiskussion können die Kids verantwortlichen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft ihre Wünsche für das Wattenmeer vortragen und schwarze Löcher in den Bauch fragen. Neben der Präsentation der eingereichten Arbeiten

- schon die sind einen Besuch wert - gibt es ein Begleitprogramm mit Aktionen, Jonglage mit Jan und Kai und Musik von Tüdelüuten. Geplant ist, gemeinsam mit der Kunstschule "Die Werft" das Maskottchen Waltraud Wattwurm zu bauen, die als positives wie mahnendes Symbol für das weltweit einzigartige Ökosystem beim Pumpwerk bleiben soll.



Weitere Veranstaltungen zum Nationalpark-Jubiläum finden Sie auf Seite 8.

HAPPY BIRTHDAY

Auch Geburtstagsgeschenke gab's für den Nationalpark: Das erste war die neue Nationalpark-Chefin Irmgard Remmers, die, jünger, souveräner und konfliktfähiger als ihr Vorgänger, die schwierige Aufgabe erfolgreich angegangen ist, Akzeptanz für ein Großschutzgebiet in einer wirtschaftlichen Notstandsregion zu schaffen.

Pünktlich zum Saisonbeginn wurde, nach jahrelangen Forderungen der Nationalparkverwaltung und der Naturschutzverbände, die erste hauptamtliche Nationalpark-Wacht eingerichtet. International und auch in anderen deutschen Großschutzgebieten hat sich diese unmittelbare Form der Besucherlenkung schon seit Jahrzehnten bewährt.

Ein weiteres Geschenk die Nachricht, daß die Kaiserbalje nun doch nicht für die Schifffahrt ausgebaggert werden soll. (s. Meldung auf Seite 2).

Es wird " ... keine weitere Entwicklung gewünscht, an der am Ende ein Nationalpark im Sinne der ... IUCN ... entsteht bzw. fortentwickelt wird (die International Union for the Conservation of Nature setzt die strengsten Richtlinien im Sinne des Naturschutzes an - Anm. d. Red.). Die Inseln wünschen keine weitere Entwertung ihres Lebensraumes, ihrer Landschaft als Erlebnis- und Erholungsraum des Menschen. Sie treten derartigen Tendenzen oder Plänen entgegen."

Aus dem Positionspapier der Ostfriesischen Inseln

"Die einheimische Bevölkerung muß sich mit dem Nationalpark identifizieren. Dieses zu erreichen, wird auch weiterhin eine wichtige und notwendige Kernaufgabe bei der Umsetzung des Naturschutzprojektes Nationalpark bleiben. Denn ohne einen intakten Lebensraum "Wattenmeer" hat die Küstenregion keine Zukunft. Wir wünschen dem Nationalpark für die Zukunft den ihm zustehenden Erfolg zum Wohle der Natur und der hier lebenden Menschen."

Aus der Grußbotschaft der Stadt Emden

"Die Stadt Wilhelmshaven bekennt sich zu ihrer Verantwortung als unmittelbarer Nordsee- und Wattenmeeranrainer. Nur wenn es gelingt, die Schadstoffeinträge aus Flüssen und Vorflutern sowie aus der Schifffahrt in das Wattenmeer so gering wie möglich zu halten, wird eine dauerhafte Erhaltung des Lebensraums Wattenmeer für Tiere und Menschen möglich sein."

Aus der Erklärung des Rates der Stadt Wilhelmshaven

ALLE KRÄNE STEHEN STILL

BAHNHOFZENTRUM: EINE PLEITE, DIE KEINE IST, WEIL SIE KEINE SEIN DARF

(hk) Seit dem 17. Mai 1996 ruht die Baustelle für das Bahnhofszentrum - der Generalunternehmer Kunz (einer der ganz großen in Deutschland) mußte Konkurs anmelden. Schnell breitete sich die Vision einer riesigen Bauruine im Zentrum der Stadt aus. Dem wurde genauso schnell gegengesteuert. Da ja nur das Bauunternehmen Pleite gemacht hat, steht einer Fertigstellung des Komplexes, natürlich termingerecht, nichts im Wege. Der Bauherr steht weiterhin bereit.

Wer es dennoch wagte, von "Pleite im Bahnhofszentrum" zu sprechen, wurde an den Pranger gestellt. So jedenfalls geschah es der Stadt-Partei des Focke Hofmann, die eine entsprechend betitelte Anfrage an den Rat der Stadt gestellt hatte. WZ-Chefreporter H.-J. Schmid bespuckte daraufhin den am WZ-Pranger stehenden Focke Hofmann in einem Kommentar: "Miesmachern aus der Jadestadt aus dem Herzen gesprochen", "populistisches Hofmann-Süppchen", "Lufttheater über Wilhelmshavener Stammtische" - so kann es einem in Wilhelmshaven ergehen, der es wagt, an deren Heiligtümern zu rütteln.

Damit der Unmut in der Stadt nicht zu laut wird, legte die WZ ständig neue Meldungen nach, in denen versucht wurde, den Eindruck zu erwecken, daß die WZ an allen Verhandlungen direkt beteiligt sei.

21.5.: Unter den Überschriften "Ruhe auf der Baustelle" und "Nordseepassage: Lösung der Probleme braucht Zeit" gewährt die WZ einen tiefen Einblick in die bundesweite Bauwirtschaft, daß Pleiten und Entlassungen an der Tagesordnung sind und daß das Bahnhofszentrum weitergebaut wird.

4.6.: Weiterbau ab 17. Juni? Am 11. Juni soll laut WZ eine wichtige Entscheidung fallen - ein paar Verkäufe von Baufirmen u.ä., und dann stehe dem Weiterbau am 17. Juni kaum noch eine Hürde im Weg. Zur Not baut die Kusto (Bauherrin des Bahnhofszentrums) in eigener Regie weiter.

Am 12. Juni, ein Tag nachdem die "wichtige Entscheidung" fallen sollte, war darüber in der WZ nichts zu lesen - statt dessen erfuhren die WZ-LeserInnen vom Bürgermeister Neumann, daß durch den Bau des Bahnhofszentrums Folgeinvestitionen von 80 Millionen DM angeschoben wurden und damit 800 Bauhandwerker für ein Jahr Arbeit hätten. Den Beweis für seine Zahlen erbrachte Neumann natürlich nicht. Statt dessen untermalte die WZ ihren Bericht mit einigen Baustellen im Bereich der Marktstraße (Schuh Hoffmann, der schon vor Jahren ins Auge gefaßte Umbau des Hauses Marktstr. 71 und die Verklammerung des Brillen-Babatz Hauses), zusammen genommen ca. 5 Millionen Mark Investitionen.

In dem Artikel fehlt natürlich auch nicht der Hinweis, daß mit der Fertigstellung des Zen-

trums zu rechnen sei, weil ja nicht der Bauherr, sondern nur der Generalunternehmer in Konkurs gegangen sei.

Am 15. Juni, zwei Tage vor dem von der WZ avisierten Weiterbau, dann die Meldung, daß das Bahnhofszentrum weitergebaut werden soll, zwar nicht am 17. Juni, aber in Kürze. Einige juristische Details müßten noch geklärt werden, darum gab's auch keinen neuen Termin für die Wiederaufnahme der Arbeiten. Trotzdem konnte schon der Eröffnungstermin genannt werden: September 1997.

Natürlich ist es unvorstellbar, daß das Bahnhofszentrum nicht fertiggestellt wird, doch Wilhelmshaven bekam einen kleinen Vorgesmack davon, was es heißt, sich einseitig auf Großprojekte zu stürzen. Wie empfindlich diese Projekte sind, zeigt sich in vielen Städten Deutschlands und Europas, in denen solche Zentren vor sich hingammeln. Leerstehende Geschäfte prägen das Bild dieser Giganten- und papierverklebte Schaufenster schrecken die Kunden ab. Da kommt ein schwerer Brocken auf unsere Stadt zu. □

Die
kulinarische Verführung
in Deichnähe
Jeden Tag von 10.00 - 02.00 Uhr

METROPOL
im Pumpwerk

Restaurant - FrühstücksCafe - Mittagstisch
Biergarten - Live Music & Kinderspielplatz
WHV, An der Deichbrücke, Tel. 04421-43660

BIS ZUM JÜNGSTEN GERICHT

WZ-VERLEGER MANFRED ADRIAN VERLOR ERNEUT PROZES

(hk) Auch in der dritten Runde des Prozesses gegen die Süddeutsche Zeitung hatte der WZ-Verleger Manfred Adrian das Nachsehen. Das Oberlandesgericht Stuttgart sah es nicht als unzulässige Schmähkritik an, daß er in dem Handlögten-/Venske-Artikel als Republikaner-Freund bezeichnet wurde. Adrian will in die nächste Instanz gehen.

Die Urteilsbegründung unterscheidet sich in ihren Grundaussagen nur unwesentlich von denen der vorher ergangenen Urteile. Zwei Passagen aus der Urteilsbegründung verdeutlichen, worum es in der Auseinandersetzung geht: "Die abwertende Äußerung ist unter dem überragenden Aspekt der Presse- und Meinungsfreiheit gerechtfertigt und vom Kläger hinzunehmen. Dessen Ehrenschatz käme demgegenüber nur dann zum Durchbruch, wenn den Beklagten "Schmähkritik" vorgeworfen werden könnte, was jedoch nicht der Fall ist. Schmähkritik liegt erst vor, wenn die drastische Kritik in bewußte Schmähung umschlägt, die Verletzungsabsicht stärker hervortritt als die Absicht zur Äußerung der eigenen Meinung. (...) An diesen Maßstäben gemessen, kann vorliegend bei der Äußerung im Rahmen einer kommunalpolitischen und

damit die Öffentlichkeit berührenden Frage nicht von Schmähkritik ausgegangen werden. Es läßt sich weder dem Kontext noch sonstigen Umständen entnehmen, daß es den Verfassern primär um eine persönliche Herabsetzung des Klägers ging; dagegen spricht auch die als solche doch "moderate" Bezeichnung und der Umstand, daß der Kläger praktisch nur in der angegriffenen Äußerung erwähnt ist und ansonsten völlig am Rande bleibt. Im übrigen ist zwar die von den Beklagten angegebene Grundlage der Meinungsäußerung (Anzeigenveröffentlichung und redaktioneller Beitrag zum NPD-Büro) nicht sehr fundiert und der Schluß auf den Kläger als "Republikaner-Freund" sehr zweifelhaft, jedoch nicht so abwegig oder in der Form und Sache diffamierend, daß der Schluß auf bloße Schmähung indiziert ist."

Manfred Adrian hat angekündigt, daß er als nächstes vors Bundesverfassungsgericht ziehen wird - danach kommt nur noch das Jüngste Gericht.

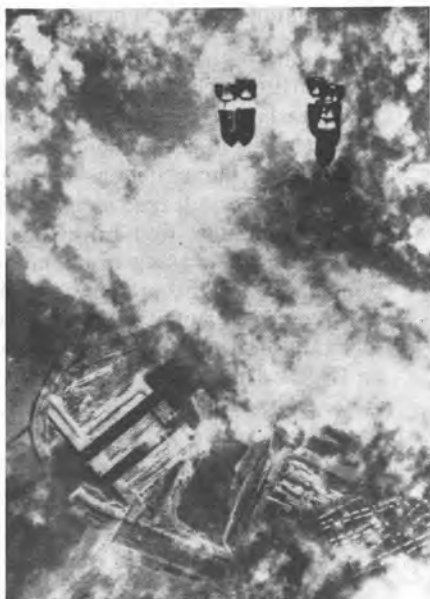
Inzwischen befindet sich die WZ ja in nächster Nähe zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Die dort vermehrt auftauchenden Anzeigen rechtsradikaler Gruppen und auch die inhaltlich unkritische Darstellung rechtsradikaler Publikationen brachte dem Herausgeber eine ähnliche Rüge wie dem Herrn Adrian ein. □



Subskription

Krieg und Befreiung in Nordwestdeutschland - das Beispiel

Wilhelmshaven - Jever - Friesland



**Videofilm (VHS), 60 Minuten, Fertigstellung
& Auslieferung im November 1996**

Inhalt: Ausbau Wilhelmshavens ab 1933 zur Kriegswaffenschmiede und „Stadt der 500.000“, Bau des Flugplatzes Upjever, Besuch Hitlers, die Verfolgung der Juden, der Bombenkrieg, Endphase des Krieges, die Befreiung 1945 durch die 1. Polnische Panzerdivision, die Demontage.

Materialien: Filmaufnahmen aus englischen, polnischen, kanadischen und deutschen Archiven, historische Amateurfilme, Interviews mit Zeitzeugen und Experten u.a.m.

Autoren: Heiko Pannbacker (Historiker, MA, Hannover), Hartmut Peters (Studienrat, Wilhelmshaven) / Antifaschistisches Bündnis Wilhelmshaven

Zum Film erscheint ein Begleitheft mit wichtigen schriftlichen englischen und polnischen Quellen in deutscher Übersetzung sowie Hinweisen zum Einsatz des Filmes in Schulunterricht und Erwachsenenbildung.

Bestellungen & Informationen: Hartmut Peters,
Rheinstraße 113, 26382 Wilhelmshaven, Tel.:
04421/44381

Preis:

- 50 DM Videofilm (VHS) incl. Begleitheft zuzüglich Porto und Verpackung
- 10 DM Begleitheft allein
- **Subskription:** 40 DM Videofilm (VHS) incl. Begleitheft, Porto und Verpackung



Bestellung:

Hiermit bestelle ich Videofilm/e, zu den oben genannten Bedingungen (*Subskription gültig bis 31.10.1996*).

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bestelladresse:

Hartmut Peters
Rheinstraße 113
26382 Wilhelmshaven